

III. Der Einzug in die westdeutschen Parlamente (1966–1969)

Flankiert vom autoritären, gar restaurativen Konservatismus der 1950er-Jahre und vom politischen Aufruhr der 1970er-Jahre, wurde das Jahrzehnt der 1960er-Jahre häufig als von gegensätzlichen Schüben, neuartigen Aufbrüchen und tiefen Transformationen durchzogenes Schwellenjahrzehnt gedeutet. Innenpolitisch betrachtet, bedingten Generationskonflikte sowie Krisenerscheinungen in Politik und Wirtschaft gesellschaftliche Aushandlungskämpfe, die in Westdeutschland einen Demokratisierungsprozess einleiteten und die politische Kultur nachhaltig veränderten.¹ Auch die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit wandelte sich in diesem Jahrzehnt: Das penetrante Schweigen der 1950er-Jahre wich mehr und mehr einer direkten und kühnen Konfrontation mit dem Nationalsozialismus und seinen UnterstützerInnen. Die Schaffung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, der Schock des Eichmann-Prozesses in Israel (1961) sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozesse (1963–1965) und nicht zuletzt die Verjährungsdebatten (1965/1969), die im Bundestag heftig und emotional geführt wurden, beförderten den Nationalsozialismus zurück ins kollektive Bewusstsein. Indem sie die Frage der Verantwortung für die Verbrechen ins Zentrum der öffentlichen Diskussion rückten, bereiteten sie der bundesrepublikanischen Schweigekultur ein jähes Ende. Dieser Paradigmenwechsel ging außerdem mit einer größeren Wachsamkeit und einer schärferen Repression gegen diejenigen einher, die als „Erben des Dritten Reichs“² einer Restauration des NS-Regimes auf deutschem Boden zustrebten. Paradoxe Weise gelang der extremen Rechten aber gerade in diesem Jahrzehnt ein historischer Durchbruch: Die NPD, als ihre eminente Vertreterin, verzeichnete eben zu jener Zeit ein bedeutendes Wachstum und beachtliche Wahlerfolge. Von den sieben Landtagen, in die sie zwischen 1966 und 1968 einzog, wollte sie den Sprung in den Bundestag schaffen und von dort aus die nationale Politik mitbestimmen.

Die Entwicklung der NPD zwischen 1966 und 1969 wird in diesem Kapitel aus der Perspektive der weiblichen Partizipationsschwerpunkte und -verschiebungen nachgezeichnet. Neben der allgemeinen Betrachtung der Voraussetzungen und des Verlaufs des nationalistischen Aufschwungs soll das Augenmerk vornehmlich auf die parlamentarische Praxis der drei weiblichen NPD-Abgeordneten in Hessen, Niedersachsen und Bremen gerichtet werden. Dabei sollen ihr Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie hinterfragt und ihr Auftreten in den Landtagen ausgelotet werden. Das Ringen der NationaldemokratInnen im Bundestagswahlkampf 1969, dessen Bedeutung sie als wahrlich historisch betrachteten, wird in diesem Teil ferner mit der Frage nach der weiblichen Wirkungsmacht, nach Ge-

¹ Schildt/Siegfried (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*.

² Moreau, *Les héritiers du III^e Reich*.

staltungsräumen und Ermächtigungschancen für Parteifrauen untersucht, die in dieser heißen Phase einen frenetischen Aktivismus entfalteten.

1. Die nationaldemokratischen Parlamentarierinnen (1966–1971)

1.1. Die Wahlsiege der NPD und ihre historischen Rahmenbedingungen

Nur wenige Monate nach ihrer Gründung nahm die NPD 1965 nach einem kurzen, aber intensiven Wahlkampf an der Bundestagswahl teil. Sie erhielt zwar nur 2% aller Zweitstimmen, zeigte sich aber mit dem Ergebnis mehr als zufrieden, hatte sie doch das Wahlergebnis ihrer Vorgängerin, der DRP, von 1961 (0,8%) mehr als verdoppelt: Sie erblickte darin eine Trendwende – auch Historiker teilten später diese Auffassung.³ Um diesen guten Start nicht zu verbauen, nahm die NPD daraufhin nur an den Wahlen teil, von denen sich die Parteistrategen einen Erfolg versprachen, so z. B. bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg (1965), Schleswig-Holstein (1966) und in Bayern (1966), wo sie zum Teil wie in Bayreuth (10,6%), Erlangen (9,5%) oder Nürnberg (7,5%) beachtliche Wahlerfolge verbuchte.⁴ Am 27. März 1966 trat sie in Hamburg zum ersten Mal bei einer regionalen Wahl an, schaffte aber mit 3,9% den Sprung in die Bürgerschaft nicht, ließ anschließend die Wahl in Nordrhein-Westfalen (Juli 1966) aus und konzentrierte sich auf die Landtagswahlen in Hessen und Bayern, bei denen ihr der Durchbruch im November 1966 mit jeweils 7,9% und 7,4% der Stimmen gelang. Darauf folgten 1967 die Landtage von Rheinland-Pfalz (6,9%), Schleswig-Holstein (5,8%) und die Bremische Bürgerschaft (8,8%). Ihr historisch bestes Ergebnis erzielte die NPD mit 9,8% der Stimmen aber am 28. April 1968 in Baden-Württemberg. Nun schien der Bundestag, dessen Wahl für September 1969 angesetzt war, zum Greifen nah. Die NationaldemokratInnen waren überaus optimistisch, alle Zeichen deuteten auf einen erfolgreichen Einzug ins Parlament: Innerhalb von zwei Jahren hatte die Partei ansehnliche Wahlsiege errungen, ihren politischen Einfluss in Westdeutschland gefestigt und einen nicht unerheblichen Teil der Wählerschaft, zumindest der männlichen Wählerschaft,⁵ an sich gebunden.

³ Botsch, Die extreme Rechte, S. 48.

⁴ Brandstetter, NPD im 21. Jahrhundert, S. 59 ff.

⁵ Bei allen Landtagswahlen war der *Gender Gap* beachtlich. In der Regel wählten mehr Männer als Frauen und manchmal doppelt so viele Männer wie Frauen die NPD, so z. B. in Hessen (10% Männer, 6% Frauen), in Schleswig-Holstein (8% Männer, 4% Frauen), in Rheinland-Pfalz (9,7% Männer, 4,3% Frauen) oder in Baden-Württemberg (13,4% Männer, 6,8% Frauen), was die These eines größeren weiblichen Misstrauens gegenüber extrem rechten Parteien erhärtet. Die Zahlen wurden anhand der im Anhang veröffentlichten Angaben von Hoffmann, NPD, S. 454 ff., errechnet.

Die Partei verdankte ihren politischen Höhenflug den „dynamischen Zeiten“ (Axel Schildt/Detlef Siegfried) der 1960er-Jahre.⁶ Unterschiedliche Faktoren begünstigten ihren für die Bundesrepublik einmalig rasanten Aufstieg. Die Entwicklung bzw. die Radikalisierung der Studentenbewegung und ihrer Außerparlamentarischen Opposition (APO) ab Mitte der 1960er-Jahre spielten bei den Wahlen freilich eine wichtige Rolle.⁷ Das gilt insbesondere für die Stuttgarter Wahl, bei der besorgte Bürger, nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 und den darauffolgenden Osterunruhen, ihrem Unmut über die Zustände durch eine Protestwahl für die NPD Ausdruck verliehen. Die Partei hatte in diesem angespannten Kontext einen sehr aufwändigen und teilweise überaus schwierigen und konfrontativen Wahlkampf geführt, bei dem sie sich gekonnt als *Law-and-Order*-Partei inszenierte, die Sicherheitsthemen ausschlachtete und diffuse Ängste bediente.⁸

Auch die schwächernde wirtschaftliche Konjunktur spielte der NPD in die Hände. Das durch Wachstum, Wohlstand und Vollbeschäftigung gekennzeichnete „Wirtschaftswunder“ der Ära Adenauer erfuhr in den 1960er-Jahren eine schlagartige Wendung: Mit der Rezession von 1966/67 stiegen die Preise und die Arbeitslosigkeit (auf 2,5%), es kam zu Streiks. Missmut und Pessimismus grassierten und beförderten eine politische Vertrauenskrise, die das Ansehen der etablierten Parteien stark beschädigte.⁹ Mit dem Koalitionsbruch, dem Rückzug des Bundeskanzlers Erhard und der Etablierung der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD im September 1966 entstand rechts neben der Union ein Vakuum, das die NPD auszufüllen vermochte. Sie konnte sich somit im politischen Feld als vierte politische Kraft etablieren und sich dabei als erste rechte – bzw. extrem rechte – Oppositionspartei zu den Regierungsparteien gerieren.¹⁰ In den Wahlkämpfen präsentierte sich die NPD als autoritäre Alternative zu den als zu lau bewerteten traditionellen Parteien und konnte so bei vielen enttäuschten konservativen WählerInnen punkten.

Die „nationalistische Welle“ (Uwe Hoffmann), welche die westdeutschen Bundesländer ruckartig durchzog, lässt sich auch durch den unmittelbaren Kontext

⁶ Schildt/Siegfried (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*.

⁷ Frei, 1968.

⁸ Botsch, *Die extreme Rechte*, S. 49 f.

⁹ Die Historiker sind sich einig, dass die Unkenrufe und Reaktionen hinsichtlich der wirtschaftlichen Stagnation voreilig alarmierend und übertrieben waren. Die Krise, die sich temporär auf bestimmte und für Westdeutschland gewiss identitätsstiftende Wirtschaftsbereiche wie die Stahl-, Textil- oder Automobilindustrie niederschlug, war Ende der 1960er-Jahre schon gebannt. Dennoch war sie Ausdruck der immerwährenden Angst, die bundesrepublikanische Situation könne in „Weimarer Verhältnisse“ ausarten. Vgl. Wolfrum, *Demokratie*, S. 226.

¹⁰ Für einen Teil der deutschen Wählerschaft hatte die Union die Konservativen dadurch verraten, dass sie mit der SPD kooperierte. Nach deren Parteitag in Bad Godesberg 1959 war die Sozialdemokratie für sie nun regierungs- und koalitionsfähig geworden. Die FDP, die sich durch die gescheiterte Koalition mit der Union geschwächt sah, konnte die Oppositionsrolle nicht übernehmen; parteiintern bereitete sie damals schon den Richtungswechsel vor, der sie 1969 zur sozialliberalen Koalition unter der Führung des Sozialdemokraten Willy Brandt führten sollte. Vgl. Miard-Delacroix, *Willy Brandt*, S. 147 f.

des Kalten Krieges erklären, der in seiner unausweichlichen und bedrohlichen Allgegenwart zur Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West geführt hatte und eine rasche Lösung der „Deutschen Frage“ unmöglich machte. Die im Sommer 1961 errichtete Berliner Mauer signalisierte diese unbewältigte Gegenwart eindringlich. So unüberwindbar wie sie war auch die deutsche Teilung: Die Wiedervereinigung sowie die Rückgewinnung der Territorien jenseits von Oder und Neiße schienen kurz- und mittelfristig gänzlich unerreichbar zu sein. Vor diesem Hintergrund gewannen Ideen an Zustimmung und politische Kräfte an Boden, die diese Missstände brandmarkten und nationalistisch zuspitzten; der politische Nationalismus, der durch seinen antikommunistischen Kern den in Westdeutschland vorherrschenden antitotalitären Konsens bediente, wurde wieder salonfähig. Er wurde durch den NPD-Wahlerfolg legitimiert, institutionalisiert, staatlich finanziert und ein Stück weit normalisiert: So interpretierte Adolf von Thadden jedenfalls den Aufschwung seiner Partei.¹¹ Es war eine Normalisierung, die in Anbetracht damaliger Umfrageergebnisse jedoch relativiert werden kann. Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg begrüßten zwar 17% der Befragten (24% der Männer und 12% der Frauen) das „gute Ergebnis“ der NPD bei den Wahlen, ein Großteil der deutschen Männer (57%) und Frauen (56%) lehnte sie als rechts-extreme Partei aber weiterhin ab.¹² Auch zwanzig Jahre nach dem Ende des Kriegs konnte die NPD sich hinsichtlich ihrer nazistischen Kontinuitäten nicht als normale Partei durchsetzen – wegen ihrer Anrüchigkeit eignete sie sich aber freilich als Protestpartei. Sie konnte nicht zuletzt auch ihre hegemoniale Stellung im nationalen Lager ausspielen. Mit ihrem Aufstieg hatte sie konkurrierende Klein- und Splitterparteien praktisch aufgesogen und renitente Konkurrenten wahltechnisch ausgeschaltet: Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher von August Hauffleiter, dem erbitterten Rivalen Adolf von Thaddens, erreichte in Baden-Württemberg gerade einmal 0,3% der Stimmen.¹³ Bis Ende 1968 eroberte die NPD als ‚Demokratenschreck‘ und unbestrittene Anführerin der „nationalen Opposition“ 61 Landtagsmandate in Westdeutschland.

1.2. Nationaldemokratinnen in den Landtagen der Bundesrepublik

„Ohne Einfluß und Mitwirkung der Frau muß die Politik kalt und lebensfern bleiben“ – so stand es 1967 sentenzhaft in einer den Parteifrauen zugesetzten DN-Broschüre.¹⁴ Die Verfasserin dieses Diktums brachte hiermit zum Ausdruck, dass die politische Partizipation von Frauen keinesfalls evident war, obwohl es ihnen

¹¹ DN, 10. 5. 1968, Nr. 19/1968, S. 11.

¹² Noelle/Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1968–1973, S. 319.

¹³ Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz, S. 333.

¹⁴ Warum stehen Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

verfassungsrechtlich zustand, an der Politik teilzuhaben. Um die Politik mit Leben füllen zu können, sollten die Männer den Frauen einen Teil ihres politischen Monopols abtreten bzw. sie, wie im Grundgesetz vorgesehen, als gleichberechtigte Partnerinnen anerkennen und politisch miteinbeziehen: „Gleichberechtigung, das Wort hängt in der Luft – sie ist im großen und ganzen ja da – aber es fehlt die praktische Durchführung durch wohlmeinende Partner“, monierte ein anderer Beitrag der Broschüre.¹⁵ Wie verquer die Lage der Frauen tatsächlich war, zeigten die von den NPD-Frauen bemühten Statistiken: Mitte der 1960er-Jahre überstieg der weibliche Anteil an der deutschen Bevölkerung (29,7 Millionen Frauen) noch immer bei weitem den männlichen (26,4 Millionen Männer). So sollten die Frauen logischerweise auch eine „wesentliche Rolle in Gesellschaft und Politik“¹⁶ übernehmen, doch zeichneten die Geschlechterverhältnisse in den Organen der repräsentativen Demokratie ein ganz anderes Bild, und zwar das einer umgekehrten Geschlechterasymmetrie.

„Dieser Bundestag [von 1965] hat noch weniger Frauen unter den Abgeordneten als der vergangene: nur 6,2%! [...] Ein Wunder, daß die Frauen überhaupt wählen. Wie kommt es aber, daß sie so gering in unserer höchsten Volksvertretung vertreten sind?“¹⁷

Für die NPD-Frauen diente gerade die Überrepräsentanz der Männer im Bundestag (über 93%) als Beleg für die Unfähigkeit der liberaldemokratischen Staatsorgane der Bundesrepublik, das „Volk“ in seiner geschlechtlichen Vielfalt zu vertreten. Wegen der mangelnden weiblichen Repräsentativität wurde die Repräsentativität des Parlaments generell in Frage gestellt. Sogar das verhasste sowjetische Modell schien den Nationaldemokratinnen demokratischer, weil es die Frauen dem Anschein nach besserstellte:

„Wagen wir einmal einen Blick in jene Welt, die durch eine hohe Mauer aus Steinen und Urteilen und Vorurteilen von uns getrennt ist – in den Ostblock! In der Sowjetunion sind in der höchsten Volksvertretung – dem Unionsrat des Obersten Rates der UdSSR – von insgesamt 791 Abgeordneten 215 Frauen, das sind 27,2 Prozent. Und so sitzen dort und in den anderen Ostblockstaaten Frauen in allen Räten, Vertretungen des Volkes, Berufsgenossenschaften usw.“¹⁸

Weder freie Wahlen noch der parlamentarische Pluralismus galten hier als relevante demokratische Maßstäbe; mit diesem gewagten Argument spielten die NPD-Frauen die „frauenfreundliche“, aber kommunistische Sowjetunion gegen die demokratische, aber „frauenfeindliche“ Bundesrepublik aus und disqualifizierten beide gleichermaßen. Nur die Nationaldemokratie als „wahre“ Demokratie – so gaben sie es unterschwellig zu verstehen – könnte eine „Geschlechterdemokratie“ bewerkstelligen: Sie sei demnach das bessere und gerechtere Modell.

Darüber hinaus bemängelten die Nationaldemokratinnen auch das „krasse Mißverhältnis“ in den westdeutschen Länderparlamenten, in denen 1967 unter

¹⁵ Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹⁶ Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹⁷ Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹⁸ Ebenda.

den 1319 Abgeordneten nur 93 Frauen (7%) saßen.¹⁹ Um dieses Ungleichgewicht auszubalancieren, wurden alle Parteien aufgerufen, dem als vorbildlich gepriesenen Beispiel der NPD zu folgen und bei den Wahlen mehr Frauen aufzustellen:

„Es ist ganz besonders zu begrüßen, daß die NPD zur Landtagswahl in Hessen unter den ersten zwölf Kandidaten zwei Frauen hat, das sind 17 Prozent! Sagen Sie das Ihren Freundinnen und Bekannten, daß bei uns die frauliche Beurteilung der Dinge der Politik – wie sehr fehlt das manchmal! – besser zur Geltung kommt.“²⁰

Angesichts der sexistischen Diskriminierungspraxis der Partei scheint diese Darstellung äußerst diskussionswürdig, weil ja das männliche Interesse an der politischen Expertise von Frauen bekanntermaßen eher gering war. So zeugt dieses Zitat auch von der politischen Schizophrenie bzw. vom doppelbödigen Diskurs jener Frauen, die der „nationalen Sache“ zuliebe ihre politische Bevormundung unter den Teppich kehrten.

Einige Nationaldemokratinnen wurden dennoch auf die NPD-Listen gewählt. Man stellte sie zwar nie als Spitzenkandidatinnen auf, doch konnten sie gelegentlich aussichtsreiche Listenplätze erhalten – so etwa Anneliese Bläsing, Gertraude Winkelvoß und Martha Kruse, die dank ihrer Platzierung unter den fünf ersten KandidatInnen den Einzug ins Parlament schafften.²¹ Andere kandidierten nur aus Prinzip und ohne Aussicht auf Erfolg für Direktmandate wie Eva Happach im Wahlkreis Lübeck (Schleswig-Holstein, 1967) oder Luise Straka in Saulgau (Baden-Württemberg, 1968).²² Allgemein hing die Aufstellung der KandidatInnen jedoch maßgeblich vom Bekanntheitsgrad und Charisma, von der politischen Funktion sowie der innerparteilichen Rückendeckung des jeweiligen Kandidaten ab: alles Kriterien, die Männern förderlicher waren als Frauen und sich somit auch auf die Zusammensetzung der Parlamente niederschlugen.²³

Wie Lutz Niethammer zutreffend meinte, waren die NationaldemokratInnen nur bedingt auf den Erfolg ihrer Partei vorbereitet. Auch wenn sie gehofft hatten, in einigen Bundesländern die 5-Prozent-Hürde bewältigen zu können, so hatten sie keinesfalls mit einem derartigen Zuspruch bzw. Durchbruch gerechnet.²⁴ Ihre Vertretung in sieben Landesparlamenten gab der so sehr nach Legitimität und Anerkennung heischenden NPD eine unverhoffte politische Bühne. Der Sprung in die Landtage verschaffte ihr Sichtbarkeit, steigerte ihr propagandistisches Potential und garantierte ihr durch die staatliche Wahlkampfkostenerstattung darüber hinaus noch eine komfortable Finanzbasis für ihren Aktivismus. Doch unterschätzte die Partei gleichzeitig auch den Bumerangeffekt ihres Erfolgs: Hatte sie sich in den Wahlkämpfen stets populistisch von den etablierten Parteien abgehoben und eine

¹⁹ Frauen in der Politik, in: DN, 13. 10. 1967, Nr. 41/1967, S. 1.

²⁰ Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

²¹ Zu den Wahllisten und KandidatInnen der NPD vgl. FAZ, 18. 9. 1968, in: BStU Berlin, MfS ZAIG Nr. 9810 2/2, f° 351; DN, 6. 10. 1967, Nr. 40/1967, S. 9, und Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 99.

²² DN, 17. 3. 1967, Nr. 11/1967, S. 10, und DN, 6. 10. 1967, Nr. 40/1967, S. 9.

²³ Bremme, Die politische Rolle, S. 81 f.

²⁴ Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 96.

politische Neuartigkeit für sich reklamiert, so musste sie sich nun parlamentarisch bewähren, ihre Versprechen einlösen und den Worten Taten folgen lassen, was sich im Hinblick auf den Dilettantismus vieler NPD-Abgeordneter als schwieriges Unterfangen erwies. Bei der Aufstellung ihrer Listen hatte man mehr auf die Integrität, d. h. die biographische Makellosigkeit der KandidatInnen als auf deren Befähigung oder politische Kompetenz geachtet. Etwa 10% der nationaldemokratischen Abgeordneten hatten zuvor schon ein Mandat innegehabt, in ihrer großen Mehrheit aber – und das betraf namentlich die weiblichen Abgeordneten – waren sie NovizInnen und als solche nur unzulänglich auf ihre Aufgaben und die konkrete Arbeit in den Parlamenten vorbereitet worden.²⁵ Die institutionsimmannten Funktions- und Verfahrensweisen waren ihnen genauso fremd wie die parlamentarischen Verhaltensregeln und Gepflogenheiten; ihre Unbeholfenheit und Unwissenheit wurden im Plenarsaal wie in den Ausschüssen von ihren Opponenten meist konsequent gegen sie verwendet. Dem antiextremistischen Konsens folgend, etablierte man ihnen gegenüber fraktionsübergreifend einen demokratischen *cordon sanitaire*: Durch legale Tricks wurden sie institutionell klein gehalten und in den Debatten marginalisiert sowie ihre Anträge und Vorschläge in der Regel ignoriert. Auch die NPD-Frauen machten in dieser politischen Arena erstmals die Erfahrung des demokratischen Ringens, d. h. in ihrem Fall der direkten und kompromisslosen Konfrontation mit den politischen Widersachern.

In seiner hervorragenden Studie über die NPD-Abgeordneten der 1960er-Jahre²⁶ befasste sich Lutz Niethammer absichtlich nicht mit den Parlamentarierinnen, die, wie er meinte – und richtig einschätzte –, als unerfahrene, wenig sachkundige und ungeschickte Hinterbänkerinnen auftraten. Und doch scheint es relevant, ihr Auftreten und Wirken sowie ihren Diskurs gezielt zu untersuchen und dabei ebenfalls die doppelte Marginalisierung, die sie als Frauen in einem männlich-hegemonialen Raum und als Nationalistinnen im institutionellen Herzen der repräsentativen Demokratie erfuhren, unter die Lupe zu nehmen. So können nämlich parlamentarische Aushandlungsprozesse vor dem Hintergrund der „streitbaren Demokratie“ und der damit verbundenen Extremistenabwehr *in vitro* beleuchtet und zugleich demokratisch-parlamentarische Anpassungsmechanismen oder Lernprozesse aufgespürt werden. Die Studie beschränkt sich

²⁵ Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus, S. 205.

²⁶ Niethammers Studie „Angepaßter Faschismus“ bleibt auch 50 Jahre nach ihrem Erscheinen ein unumgängliches Referenzwerk über die parlamentarische Praxis der NationaldemokratInnen. Präzise und differenziert arbeitete er darin die Spezifitäten jeder einzelnen NPD-Fraktion heraus, beleuchtete die politischen, geographischen und vor allem generationellen Unterschiede, welche die eher „neofaschistischen“ Nationaldemokraten aus dem südlichen Teil der Republik und die mehrheitlich „postfaschistischen“ Abgeordneten Nord- und Westdeutschlands charakterisierten. Die Studie ist leider insofern unvollständig, als sie aus publizistischen Erwägungen heraus vor der Bundestagswahl 1969 veröffentlicht wurde und der beobachtete Zeitraum somit schon 1968 endet, obwohl die Legislaturperioden sich wie in Bremen manchmal noch bis 1971 hinzogen. Somit wurden wichtige Entwicklungen kurz vor und nach der Bundestagswahl ausgebendet. Wie wichtig dieses Buch auch für die zeitgenössische Geschichtsforschung bleibt, zeigt Müller, Faschistische Grundstruktur, S. 197–205.

hier lediglich auf die drei Abgeordneten Anneliese Bläsing, Gertraude Winkelvoß und Martha Kruse, die zwischen 1966 und 1971 jeweils für eine Legislaturperiode in die hessischen, niedersächsischen und bremischen Vertretungen gewählt wurden.²⁷

Die 42-jährige Anneliese Bläsing verschaffte sich als erste Nationaldemokratin Zugang zur Landespolitik. Am 6. November 1966 zog sie mit ihrer achtköpfigen Fraktion (7,9% der Stimmen) als nationaldemokratische Vorhut in den Wiesbadener Landtag ein. Von Anfang an stießen die Neuankömmlinge auf den planmäßigen Widerstand der etablierten Fraktionen. Heinrich Faßbender, der ob seiner parlamentarischen Erfahrung als Fraktionschef bestimmt worden war, konnte der systematischen Blockade, die von CDU, SPD und FDP konsequent gegen die NPD errichtet wurde, nichts entgegensetzen. Für die etablierten Fraktionen konnte die postnazistische und nationalkonservative NPD nicht als normale, geschweige denn als gleichwertige Partei betrachtet werden; ihr ‚Eindringen‘ ins Parlament galt als schädliche Unterwanderung der Demokratie, die Partei wurde deswegen zum Schutze der republikanischen Ordnung aus dem demokratischen Konsens ausgesperrt. Man hielt die NPD-Abgeordneten von den strategisch wichtigen Gremien wie dem Ältestenrat, dem Landtagspräsidium oder dem Hauptausschuss fern. Wegen ihrer kleinen Fraktionsgröße fanden nur wenige ihren Weg in die Ausschüsse: Anneliese Bläsing z. B. erhielt ihren Sitz im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, wo sie Faßbender ab November 1969 ersetzte, erst gegen Ende der Legislaturperiode. Alle Initiativen der NPD, alle Gesetzesentwürfe und Anträge wurden von den anderen Fraktionen einhellig abgelehnt, ihre Wortbeiträge gestört, unterbrochen oder diskreditiert.²⁸ Die Fraktion bemühte sich dennoch inständig, das Odium der Radikalität abzustreifen und im Parlament um Vertrauen zu werben. Ihr „konstruktives“ Wohlwollen bezeugte sie dadurch, dass sie die parlamentarische Geschäftsordnung achtete, sich den Mehrheitsbeschlüssen willentlich beugte, sich auch in den Debatten eher diskret verhielt und, wie Faßbender es in folgendem Redebeitrag machte, so oft sie es konnte, ihr bürgerliches Bekenntnis zur Demokratie betonte:

„Wir sind keine [...] wilden Tiere, die aus dem Frankfurter Zoo ausgebrochen sind, sondern wir sind Frauen und Männer, die bereit sind, das Beste zu geben im Interesse der Gesamtnation und ohne Ansehung von Stand, Herkunft und dergleichen. [...] Wir Nationaldemokraten sind weder

²⁷ Die folgende Analyse fußt auf dem vielfältigen Quellenmaterial, das in den drei Parlamentsarchiven in Wiesbaden, Hannover und Bremen einzusehen und teilweise auch in digitalisierter Form online zugänglich ist. Für jede Parlamentarierin wurden die Redebeiträge in den Plenarsitzungen und Ausschüssen sowie alle Entwürfe, Anträge, kleine und große Anfragen, die sie öffentlich (vor)gestellt haben, systematisch untersucht. Diese Quellen führen den Leser *in medias res* des parlamentarischen Geschehens. Durch die minutiöse stenographische Aufzeichnung der damaligen Debatten entsteht ein eindrückliches Bild der mal rabiaten, mal trivialen, aber immer lebhaften Auseinandersetzungen, die in den parlamentarischen Arenen geführt wurden. Sie bieten dem Leser so einen spannenden Einblick in die politische Praxis und Kommunikation der Abgeordneten in jeweils sehr unterschiedlichen regionalen Kontexten.

²⁸ Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 100.

Faschisten noch Nazisten. Wir sind nationalkonservative Damen und Herren. [...] Glauben Sie mir: wir sind demokratisch wie Sie, Sie sozialdemokratischer, Sie christlicher, Sie demokratisch-liberaler Prägung; und so sind wir konservative Demokraten. Und eine Versicherung – das dürfen Sie hinnehmen – gebe ich hier mit Bewußtsein ab: daß wir jederzeit bereit sind, die parlamentarisch-freihheitliche Demokratie nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch im Notfall, wegen mir sogar als Avantgarde, zu verteidigen.“²⁹

Den NationaldemokratInnen gelang es zunächst nicht wirklich, sich inhaltlich scharf von den anderen Oppositionsparteien, der CDU und der FDP, abzugrenzen. Auffällig sind jedoch die Verschärfung des Tons und die thematische Schwerpunktverschiebung in den Reden und Anträgen Bläsings im Kontext der 68er-Bewegung. Ursprünglich hatte sie sich, den weiblichen Rollenerwartungen entsprechend, auf die Erziehungs- und Sittenfrage festgelegt. Anfang 1967 bspw. machte sie eine „empörende“ Umfrage zur sexuellen Aufklärung von Jugendlichen in einer hessischen Schülerzeitung zum Thema einer Fragestunde. Sie kritisierte die SPD-geführte Landesregierung für die „unsittlichen Auswüchse“ der Jugend und unterstellte ihr, Anstand und Moral der Deutschen durch ihre laxe Haltung willentlich untergraben zu wollen.³⁰ Die Skandalisierung des Vorfalls diente ihr als Vorwand, um die vermeintliche Fahrlässigkeit oder Gefälligkeit der „roten“ Regierung zu monieren und jene dadurch zu diffamieren, gar zu kriminalisieren.

Mit der bundesweiten Ausdehnung der Studentenproteste, die Hessen und Frankfurt im besonderen Maße erfassten,³¹ richtete Bläsing ihre Aufmerksamkeit ab 1968 gänzlich auf die Innen- und Sicherheitspolitik, die für das Parteiimage als autoritäre *Law-and-Order*-Partei besonders relevant war. Womöglich hegte sie auch die Hoffnung, durch ihren radikal antilinken Kurs einen fraktionsübergreifenden konservativen Konsens in der Opposition zu stiften und sich dabei als unerbittliche Hüterin der staatlichen Ordnung profilieren zu können. In einer Fragestunde verlangte sie von der Landesregierung, die sie pauschal der Komplizenschaft mit der APO bezichtigte, sich klar von den „linksextremen Studenten“ zu distanzieren, die im Frühling 1968 Massenkundgebungen und Protestaktionen gegen die Notstandsgesetze durchgeführt hatten.³²

„Bei den Demonstrationen in den letzten Wochen und Monaten im Lande Hessen ist auffallend in Erscheinung getreten, daß sich eine Gruppe linksradikaler Studenten als Wort- und Räderführer betätigte, die einem Umsturz der bestehenden Staats- und Rechtsordnung das Wort redete. Ich frage den Herrn Kultusminister: Sind sie gewillt und bereit, derartigen Studenten weiterhin aus Steuermitteln Stipendien zu gewähren?“³³

²⁹ Zitiert in ebenda, S. 101.

³⁰ Drucksache (Drs.) Nr. 93, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 22. 2. 1967, Archiv des Hessischen Landtags (AHL), und Drs. Nr. 470, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 19. 5. 1967, AHL; Frage an Dreizehnjährige: Wie hältst du es mit dem Sex? NPD-Abgeordnete Frau Bläsing verlangt Erklärung der Regierung, in: DN, 3. 3. 1967, Nr. 9/1967, S. 10.

³¹ Göpfert/Messinger, Jahr der Revolte, 2017.

³² Zu den Notstandsgesetzen und den Widerständen, die sie in der Zivilgesellschaft hervorriefen, vgl. z. B. Spernol, Notstand der Demokratie.

³³ Stenographischer Bericht (SB), 3. 7. 1968, 6. Legislaturperiode (LP), S. 1738, AHL.

Der zuständige Minister antwortete ihr kurz und knapp, dass man die Sachlage in Bezug auf den Extremismusvorwurf zuerst prüfen müsse, bevor man Sanktionen ausspreche, und erinnerte sie *en passant* und in leicht überheblicher Art an den Grundsatz der Unschuldsvermutung im westdeutschen Recht. Dadurch entkräftete er den Populismus der Abgeordneten, die von ihrer Partei das Bild eines standhaften und staatstreuen Bollwerks gegen die verfassungsfeindlichen Subversionsversuche der Linken zu vermitteln suchte. Seine Kollegen machten es ihm nach, als Bläsing die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen antimilitaristischen Referendar forderte, der während einer NPD-Veranstaltung angeblich „das deutsche Vaterland“ und „das Ehrgefühl“ deutscher Soldaten beschmutzt hatte,³⁴ oder als sie ein Demonstrationsverbot reklamierte, weil linke Aktivisten Hakenkreuze an dem Portal einer katholischen Kirche plakatiert hatten;³⁵ stets wurden ihre Einwürfe und Forderungen zurückgewiesen.

Hauptsächlich aber bestand Bläsing's Argumentationslinie darin, der SPD eine Nähe zur DDR und deren führender Partei, der SED, zu unterstellen. Nur wenige Monate vor der Bundestagswahl und der darauffolgenden Einleitung der „Neuen Ostpolitik“ durch Bundeskanzler Willy Brandt kam es im Plenum zu folgendem Schlagabtausch mit Sozialdemokraten:

„Wir Nationaldemokraten haben es nicht nötig, eine Maske fallenzulassen, weil wir grundsätzlich keine Maske tragen und deshalb wahrscheinlich von Ihnen so sehr gefürchtet sind. (Widerspruch bei der SPD) Das Maskenreservoir – und das gilt auch für Sie, Herr Minister Arndt – der SPD hingegen ist geradezu unerschöpflich; denn Sie tragen zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit eine andere Maske [...]. Wenn beispielsweise Vertreter der Fraktion der SPD oder der Partei der SPD vor Heimatvertriebenenverbänden sprechen, dann bekunden sie lauthals das unumstößliche Recht der Heimatvertriebenen auf ihre Heimat. Zu anderen offiziellen Anlässen – und das ist erst vorige Woche geschehen auf dem Bezirksparteitag der SPD Hessen Süd – (Abg. Wöll (SPD): Was hat das mit Eichhof zu tun?! – Zuruf von der FDP: Zur Sache, Schätzchen!) erklären führende Politiker Ihrer Partei das Münchener Abkommen für null und nichtig, erkennen die derzeit bestehenden Grenzen als endgültig an. (Abg. Arndt (SPD): Das haben Sie doch zu verantworten gehabt, daß das damals alles so geschehen ist! – Weitere Zurufe) – [...] und betreiben somit unter Mißachtung des Völkerrechts eine Verzichtspolitik. (Abg. Arndt (SPD): Wer hat denn das Völkerrecht mißachtet? Das waren doch Sie und Ihre Genossen damals!) – Herr Kollege Arndt, falls es Ihnen noch nicht aufgegangen sein sollte: Bei uns gibt es keine Genossen, sondern nur Kollegen. (Zuruf von der SPD: Parteigenossen!) – Getroffener Hund bellt.“³⁶

Die Vehemenz der Auseinandersetzung veranschaulicht, mit welcher Schärfe und Drastik die PolitikerInnen im unruhigen Kontext des Kalten Kriegs die Polarisierung der politischen Lager vorantrieben, wie verhärtet, ideologisiert und unversöhnlich sich die linken und rechten Fronten gegenüberstanden. In dieser Debatte, die sich eigentlich landwirtschaftlichen Fragen widmen sollte, sprach Anneliese Bläsing relativ unvermittelt die für NationalistInnen entscheidende „Deutschlandfrage“ an. Sie beschuldigte die „Genossen“, die Interessen der DDR bzw. der

³⁴ Drs. Nr. 1344, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 3. 7. 1968, AHL; Drs. Nr. 1394, Antwort des Kultusministers, 5. 8. 1968, AHL.

³⁵ Drs. Nr. 1265, Kleine Anfrage der Abg. Frau Bläsing, 29. 5. 1968, AHL.

³⁶ SB, 27. 3. 1969, 6. LP, S. 2700, AHL.

UdSSR den „deutschen“ Interessen voranzustellen und die „Ostgebiete“ sowie das Sudetenland dem Ostblock definitiv preisgegeben zu haben. Die Sozialdemokraten wehrten sich, indem sie ihrerseits auf die Verbindung zwischen NPD und NSDAP verwiesen und dabei die Kontinuität zwischen Bläsing und den „Parteigenossen“ betonten, die sowohl Kriegsausbruch als auch Kriegsverbrechen zu verantworten hatten und somit selbst die Hauptschuld an der räumlichen Neuordnung und letztendlich am Verlust der Territorien jenseits der Oder-Neiße-Grenze trugen. Die gegenseitige Schuldzuweisung zeugt von der Brisanz jener unbewältigten Vergangenheit, wohl aber auch von ihrer Funktionalisierung im unmittelbaren Ost-West-Konflikt: Dadurch, dass der Nationalsozialismus mit dem Kommunismus rhetorisch gleichgesetzt wurde, konnte man die Lager klar definieren, den Standpunkt unzweideutig behaupten und die reziproke Abneigung inszenieren, ohne den jeweiligen Unterstellungen auf den Grund zu gehen oder sich dabei auf eine substanzielle Debatte einlassen zu müssen. Exemplarisch bekundet dieser Passus ferner die parlamentarische Lern- und Anpassungsfähigkeit Bläsing, die 1969 ihre anfängliche Schüchternheit offenbar abgelegt hatte und sich durchaus in der Lage zeigte, auf Konfrontationskurs zu gehen und sexistische Attacken – wie das von der FDP zur Destabilisierung eingeworfene „Zur Sache, Schätzchen“³⁷ – abzuwehren. Vor dem Hintergrund der besonders explosiven Lage in Hessen musste Anneliese Bläsing vermutlich mehr Anfeindungen, Kritik und Gehässigkeiten einstecken als ihre anderen NPD-Kolleginnen; andererseits zeigte sie sich auch unnachgiebiger, offensiver und viel radikaler als sie.

Die zweite Abgeordnete Gertraude Winkelvoß wurde wie zehn weitere Nationaldemokraten am 4. Juni 1967 in den Niedersächsischen Landtag gewählt. Um das Bundesland als geographisches Machtzentrum der Partei zu markieren, ließ sich die NPD in diesem Parlament durch ihre postnazistische Elite *par excellence* repräsentieren. Acht der elf Fraktionsmitglieder gehörten dem NPD-Bundesvorstand an, zehn waren vor oder nach 1945 bereits Mitglied rechtsextremer Parteien oder Vereinigungen (Waffen-SS, NSDAP, SA, RAD oder DRP) gewesen. Im Gegensatz zu Wiesbaden wurden die Nationalkonservativen in Hannover aber nicht diskriminiert: Der Fraktionschef Adolf von Thadden saß im Ältestenrat, jeder Ausschuss zählte mindestens einen Nationaldemokraten, und Gertraude Winkelvoß wurde als Schriftführerin sogar ins Präsidium aufgenommen.³⁸ Im Sinne einer „konstruktiven Opposition“ entwickelte die NPD-Fraktion dort eine „flexible Anpassungstaktik“ (Lutz Niethammer), die darauf ausgerichtet war, die Regierungsfehlschläge und Schwächen der Großen Koalition propagandistisch auszuschlachten, diese aber, wenn es ihr opportun erschien, in den Plenar- und Ausschussdebatten zuweilen auch zu unterstützen.³⁹

³⁷ Der Abgeordnete gebrauchte diese herablassende Redewendung vielleicht auch in ironischer Anspielung auf den 1968 viel bejubelten Film mit dem gleichnamigen Titel der Regisseurin May Spils, die das neue Lebensgefühl und den Aufbruch der „68er“ auf die Leinwand brachte.

³⁸ Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 178 f.

³⁹ Ebenda, S. 179.

Gertraude Winkelvoß saß gleich in zwei Ausschüssen. Als nationalistische und antikommunistische Politikerin, die in Schlesien aufgewachsen und selbst Mitglied des Bundes der Vertriebenen war, hatte sie sich vermutlich intensiv um einen Sitz im Ausschuss für Zonengrenzfragen, für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte⁴⁰ beworben, in dem sie aber wegen fehlender Sachkenntnis in den Haushalts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen, die im Zentrum der meisten Debatten standen, kaum Kontur gewinnen konnte: Meist schwieg sie. In den 34 Sitzungen ergriff sie insgesamt 17 Mal das Wort, was im Vergleich zu anderen, erfahreneren Parlamentarierinnen wie der Sozialdemokratin Maria Meyer-Sevenich beispielsweise, die dem Parlament seit 1947 angehörte und pro Sitzung mehr als zwanzig Redebeiträge leistete, freilich recht wenig war. Winkelvoß stellte dann und wann eine Nachfrage, vertrat hierbei aber keine klar definierte Linie, sondern ging eher kompromissbereit, auf Eintracht und Akzeptanz bedacht, auf die Vorschläge ihrer politischen Gegner ein. Die wenigen Anträge, die sie z. B. zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen oder zur Aufstockung von Forschungseinrichtungen wie der Ost-Akademie, deren Schwerpunkt auf den Ostgebieten lag, vorbrachte, wurden allesamt abgelehnt.⁴¹ Im Wesentlichen begnügte sich Winkelvoß in diesem Ausschuss mit ihrer marginalen Stellung.

Viel eher gelang es ihr, sich im Ausschuss für Gesundheitswesen einzubringen. Als ausgebildete Krankengymnastin und Leiterin des Referats für Volksgesundheit im NPD-Bundesvorstand waren ihr die dort behandelten Fragen rund um Pflege, Medizin und Vorsorge wahrscheinlich vertrauter. Auch hier äußerte sie sich zwar wenig, doch waren ihre Beiträge zweckorientierter, wie im September 1967, als sie bei einer Ausschusssitzung zur Drogenprävention die Gelegenheit nutzte, um die von der NPD bevorzugte Geißelungstaktik anzuwenden: Die westdeutschen Medien animierten ihr zufolge die Jugend zum Rauschgiftkonsum, sie seien somit für deren Verwahrlosung verantwortlich und sollten zur Rechenschaft gezogen werden.⁴² Ihre Äußerungen und Fragen waren ideologisch markant: Bei einer Sitzung zur Gesundheitsvorsorge im Februar 1968 erkundigte sie sich bei den vor dem Ausschuss referierenden Ärzten nach der Gefährlichkeit der Pille und dem Zusammenhang mit der Kindersterblichkeitsrate. Sie zeigte sich sichtlich irritiert, als die Experten deren Einnahme als unbedenklich einstuften.⁴³ In der gleichen Sitzung fragte sie zusammenhanglos, wie viele Kinder pro Jahr geisteskrank zur Welt kämen.⁴⁴ Dieses Thema griff sie wenig später auch bei einem Krankenhausbesuch in Königslutter auf, als sie von einem Arzt wissen wollte, wie „rentabel“ die

⁴⁰ Dieser Ausschuss widmete sich den spezifischen Bedürfnissen (Infrastruktur, Industrie, Transport usw.) des strukturschwachen Gebietsabschnitts, der an die DDR grenzte. Seine Handlungsmöglichkeiten waren insofern beschränkt, als sich seine Zuständigkeitsbereiche mit denen anderer Ausschüsse (Wirtschaft, Innenpolitik) überschnitten.

⁴¹ Sitzungsbericht, 29. 4. 1968, Ausschuss für Zonengrenzfragen (AfZ), 6. LP, S. 24, Archiv des Niedersächsischen Landtags (ANL); Sitzungsbericht, 23. 10. 1969, 6. LP, AfZ, S. 10, ANL.

⁴² Sitzungsbericht, 28. 9. 1967, 6. LP, AfZ, S. 22, ANL.

⁴³ Sitzungsbericht, 9. 2. 1968, 6. LP, AfZ, S. 15, ANL.

⁴⁴ Ebenda, S. 16.

Behandlung von Geisteskranken sei und wie wahrscheinlich deren „Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess“ war.⁴⁵ Sie vermied es offenbar, bezüglich der Prävention oder der Förderung von psychisch kranken Menschen explizit eugenisch-biologistische Ansichten zu äußern,⁴⁶ doch schwangen diese in ihren Fragestellungen unmissverständlich mit.

Auch im Plenarsaal wirkte Winkelvoß' Auftreten eher verhalten. Sie schien keine ausgefeilte Strategie oder besondere Linie zu verfolgen und war auch thematisch breit ausgelegt: In der Legislaturperiode befasste sie sich mal mit der „Behebung der Notsituation bei Medizinalassistenten“ (26. Sitzung), mal mit dem „Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung“ (31. Sitzung), thematisierte den Milchkonsum an Schulen (32. Sitzung) und monierte den „Sexualkundeatlas“ (53. Sitzung) oder die „Amnestiepläne für Demonstranten“ (60. Sitzung). Manchmal nutzte sie die parlamentarische Bühne auch, um klientelistische Interessen vorzubringen – so z. B. während der 31. Sitzung, in der sie das Bundesland aufforderte, das Gehalt der Richter zu erhöhen, und diesen Vorstoß dadurch rechtferigte, dass „Kollegen [ihres] Mannes“, der ebenfalls Richter war, sie gebeten hatten, das Anliegen im Parlament vorzutragen. Als man sie darauf hinwies, dass ihr Einwurf sachfremd sei, antwortete sie etwas hilflos: „Ich weiß. Mir war aber bei den einzelnen Punkten nicht deutlich, wann ich dieser Bitte der Kollegen meines Mannes hätte entsprechen sollen.“⁴⁷ Ihre Stellungnahmen mochten inhaltlich recht gemäßigt erscheinen, doch die Art und Weise, wie sie sprach, ihre Rhetorik, die Wortwahl und Metaphern, die sie gebrauchte, zeigten, wie sehr ihre Sprach- und Denkschemata noch nationalsozialistisch geprägt waren. Das lässt sich beispielsweise an folgendem Zitat ablesen, das aus einer Debatte über den Ausbau der Infrastruktur im Grenzgebiet zur DDR stammt, in der Winkelvoß ihren Standpunkt durch eine vielsagende Metapher versinnbildlichte:

„Niedersachsen als Zonengrenzland ist ein Schaufenster nach Mitteldeutschland. [...] Ich halte jede Vertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch für das verheerendste Vergehen an einem Volk. Jeder Gärtner weiß, mit welcher Sorgfalt er Gewächse anpflanzen muss, wenn er Blüten und Früchte in gleicher Güte erhofft. Schlechte soziale Verhältnisse im Zonenrandgebiet dürfen die Menschen dort nicht zu einer modernen Völkerwanderung zwingen, wodurch das Land veröden würde.“⁴⁸

Hier gab die Nationaldemokratin einen konkreten Einblick in ihre Weltanschauung: Das von den Regierungsfraktionen vorgebrachte Argument, man könne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nur durch eine größere Mobilität der Ar-

⁴⁵ Sitzungsbericht, 25. 10. 1967, Ausschuss für Gesundheitswesen (AfG), 6. LP, S. 6, ANL.

⁴⁶ Ihrer Auffassung nach bestimmten nur die Leistung und die angeborenen Fähigkeiten den Wert einer Person; sie negierte somit das Prinzip der Gleichheit aller Menschen. Reimer Winkelvoß erklärte diesbezüglich: „Dem Gedanken, daß alle Menschen gleich seien und demzufolge gleiche Ansprüche stellen könnten, widersprach (Gertraude Winkelvoß) aus voller Überzeugung.“ Vgl. Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 13, in: Nds. HStA/ NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

⁴⁷ SB, 10. 10. 1968, 6. LP, S. 2961 f., ANL.

⁴⁸ Zitiert in Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 182.

beiter steigern, kontrerte sie, indem sie die natürliche, quasi organische Verwurzelung der Arbeiter „in ihrer Heimat“ betonte. Der Zusammenhang, den sie in diesem Kontext mit der Vertreibung aus den Ostgebieten herstellte, war nicht von ungefähr: Ähnlich wie bei der Gärtner-Metapher, die sie aus dem Repertoire der Blut-und-Boden-Mystik schöpfte, diente auch er der Emotionalisierung bzw. pathetischen Aufladung der Debatte. In anderen Beiträgen kam ihre mentale Struktur noch deutlicher zum Vorschein. Im Februar 1970 plädierte sie für die restlose Streichung der öffentlichen Mittel, die der Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig zugutekamen, weil sie ihre Erzeugnisse zu anstößig fand. Am 17. Dezember 1969 hatte der Aktionskünstler Otto Mühl während einer mit Weihnachtsmusik untermalten Performance ein Schwein geschlachtet und dabei Blut, Urin und Exkreme auf dem nackten Körper einer Frau ausgeschüttet⁴⁹ – eine Performance, die Gertraude Winkelvoß, des Wortspiels offenbar nicht gewahr, als „Schweinerei“ – und weitaus problematischer: als „entartete Kunst“ bezeichnete:

„Damit ist das Stichwort da, das Stichwort, dem wir heute überall begegnen, wo unsere Bürger sich heute nicht mehr in der Lage sehen, das entartet zu nennen, was entartet ist, weil mit ‚entarteter Kunst‘ immer sofort das Dritte Reich vor uns aufsteht [...]. Keiner wagt mehr – Sie müssen mir das zugestehen, es braucht nicht hier im Hause zu sein, aber jeder für sich allein –, seine eigene Meinung offen zu äußern.“⁵⁰

Die nazistische Formel bemühte sie ungehemmt, um auf die vermeintliche Dekadenz in Westdeutschland aufmerksam zu machen und das „Gutmenschentum“ seiner kulturellen Eliten anzuprangern. Das ließ man ihr nicht durchgehen. Die FDP-Abgeordnete Helga Heinke erwiderete in Anspielung auf das „Dritte Reich“ sarkastisch, man könne wegen eines gewagten Happenings nicht gleich die ganze Hochschule „in Sippenhaft“ nehmen, und verteidigte darüber hinaus die von Winkelvoß verunglimpften Schweine:

„Genau, das Wort Sippenhaft wäre hier am Platz! Das Wort Schweinerei, das hier eben gefallen ist, würde ich aber in dem Zusammenhang, in dem es gebraucht wurde, als die Beleidigung eines Tieres betrachten, das man in der Zoologie zu den sauberen Tieren zählt. – wir lehnen den Antrag ab.“⁵¹

Durch ihre Antwort verdeutlichte Heinke ihr die Unangemessenheit und den Anachronismus ihrer Wortwahl. Ins Lager der Ewiggestrigen verwiesen, gab sich Winkelvoß geschlagen und antwortete unbeholfen: „Frau Kollegin Heinke, Ihren Schlenker mit der Sippenhaft fand ich nicht sehr gelungen.“⁵² Heinkes Einwand, der eine antifaschistische Selbstaaffirmation mit einer gehörigen Prise Spott verband, steht exemplarisch für die demokratisch-parlamentarische Abwehrtaktik, die im Plenarsaal gegen die Nationaldemokratin genutzt wurde. Egal welches Thema in den Debatten verhandelt wurde, sie wurde systematisch in die nazistische

⁴⁹ Petra Kipphoff, Das Schwein von Braunschweig, in: Die Zeit, 6. 1. 1970, <http://www.zeit.de/1970/02/das-schwein-von-braunschweig> (15. 3. 2016).

⁵⁰ SB, 4. 2. 1970, 6. LP, S. 6312, ANL.

⁵¹ Ebenda, S. 6314.

⁵² Ebenda, S. 6315.

Schmuddelecke – und hiermit in die Defensive gedrängt. Als sie beispielsweise die Schlichtheit politischer Flüchtlinge aus der DDR in Friedland lobte, die ihres „Volkstums“ entsprechend in bescheidenen Verhältnissen lebten, verglich sie ein Sozialdemokrat mit der ehemaligen Leiterin der NS-Frauenschaft: „Sie haben Kli-scheevorstellungen, Frau Scholtz-Klink.“⁵³ Als sie im Hinblick auf die krebserre-genden Risiken des Rauchens ein allgemeines Rauchverbot an niedersächsischen Schulen forderte, gab man ihr zu bedenken, dass auch sie rauchte. Sie entgegnete: „Ich rauche sicherlich; aber zu gewissen Zeiten unterlasse ich es entschieden.“ Der Chef der FDP-Fraktion, Winfrid Hedergott, unterbrach sie mit dem ironisch-bei-ßenden Einwurf „Die deutsche Frau raucht nicht!“ und spielte somit direkt auf den sanitären Rigorismus der Nationalsozialisten an.⁵⁴ Demgegenüber wandte sie ein, man solle sich vom „Irrglauben“ befreien, ihre Partei wolle ein „autoritäres System“ errichten, vielmehr seien Verbote – eben auch das Rauchverbot – „dazu da, eine Hilfe für die allzu menschlichen Schwächen jedes einzelnen Erdenbürgers zu geben“, woraufhin Hedergott mit Blick auf die damals in der Öffentlichkeit ge-führte Debatte wiederum einwarf: „Und ein NPD-Verbot?“ – „Daß ich ein NPD-Verbot ablehne, Herr Hedergott, das brauchen Sie doch von mir nicht bestätigt zu bekommen“⁵⁵ erklärte Winkelvoß schlicht. Sinn und Zweck dieser Entlarvungs-taktik, die während der gesamten Legislaturperiode von den Regierungsparteien und der FDP ausgespielt wurde, war es, den antiextremistischen Konsens zu be-kräfigen, indem man sich konsequent von der NPD distanzierte und jegliche Aus-einandersetzung mit ihren Inhalten verhinderte. Winkelvoß, die sich unentwegt mit dem Sarkasmus und den – auch misogynen – Diskreditierungsversuchen ihrer politischen Gegner konfrontiert sah,⁵⁶ konnte nichts anderes tun, als unentwegt ihr Bekenntnis zu Demokratie und Grundgesetz zu betonen.⁵⁷ Auch wenn sie den Herausforderungen der parlamentarischen Praxis offensichtlich nur bedingt ge-wachsen war, scheint es überzogen, sie pauschal als „Fehlbesetzung“ (Lutz Niet-hammer) zu bezeichnen.⁵⁸ Die Nationaldemokratin, die das Mandat als „Krönung ihrer politischen Tätigkeit“⁵⁹ beschrieb, war am 21. April 1970, an dem Tag, an dem der Landtag wegen koalitionsinterner Konflikte seine Auflösung beschloss,⁶⁰ die einzige Abgeordnete des Parlaments, die sich dagegen aussprach. Wahrschein-lich ahnte sie, dass ihre parlamentarische Karriere nun beendet war.

⁵³ SB, 5. 2. 1970, 6. LP, S. 6341, ANL.

⁵⁴ SB, 10. 10. 1968, 6. LP, S. 3001, ANL.

⁵⁵ Ebenda, S. 3002.

⁵⁶ Dass Destabilisierungsversuche (Gelächter, Zwischenrufe), Erniedrigungen und Diskriminie-rungen zum Alltag aller Parlamentarierinnen gehörten, hat Armin Burkhardt in einer Studie dargelegt: vgl. Burkhardt, „Das ist eine Frage des Intellekts“. Über die Auswirkungen dieser sexistischen Angriffe auf das Selbstbild und die parlamentarische Praxis von Frauen vgl. Ma-bry, Unkraut ins Parlament, oder Schöler-Macher, Fremdheit der Politik.

⁵⁷ Z. B. SB, 10. 10. 1968, 6. LP, S. 2919, ANL.

⁵⁸ Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 182.

⁵⁹ Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 48, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

⁶⁰ Vgl. Falsche Träume, in: Der Spiegel, Nr. 9, 1970, S. 83 f.

Als vorerst letzte nationaldemokratische Abgeordnete zog Martha Kruse am 1. Oktober 1967 in die Bremische Bürgerschaft ein. Ihre Partei, die bei der Wahl 8,8% der Stimmen ergattert hatte, konnte vor allem vom Stimmenverlust der SPD und dem Niedergang ihres Hauptkonkurrenten in diesem Bundesland, der DP, profitieren.⁶¹ Doch blieb der Einfluss der achtköpfigen NPD-Fraktion in dem von SPD und FDP geführten Parlament marginal: Durch ihren systematischen Ausschluss aus den Gremien und Ausschüssen – nur Otto-Theodor Brouwer saß in einem Ausschuss – wurden den NationaldemokratInnen jene Informationen vorerhalten, die für ihre Beteiligung an den Plenardebatten unentbehrlich waren; sie wurden so aus dem parlamentarischen Geschehen ausgesperrt.⁶²

Als fünffache Mutter, Lebensschutzaktivistin und Vorsitzende mehrerer Vereine, die sich der Kinder- und Familienpflege im Raum Bremen widmeten, beschäftigte sich Martha Kruse in ihren wenigen Redebeiträgen vornehmlich mit der Care-Thematik bzw. mit der Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Im Namen der „sozialen Gerechtigkeit für alle“ forderte sie 1968 beispielsweise die Erhöhung der Sozialleistungen für Pflegefamilien⁶³ und Arbeitslose, die Aufstockung des Beamtengehalts und die Einrichtung einer „Hausfrauenrente“, die sie – auch aus Eigeninteresse – als „gerechte“ Anerkennung der Haus- und Erziehungsarbeit von Müttern beschrieb. Gleichzeitig verlangte sie zur Entlastung von Frauen aus kinderreichen Familien die Schaffung von mehr Kinderkrippen und Kindergärten.⁶⁴ 1970 drang sie in der gleichen Logik auf die Anhebung der Kriegsverschreitenrente.⁶⁵ Als der selbst kriegsverwundete FDP-Abgeordnete Kuhnert ihren Antrag aus „objektiven Gründen“ zurückwies, erklärte sie – auf Einvernehmen hoffend –, dass auch sie die Ehefrau eines Kriegsbeschädigten sei. Der SPD-Abgeordnete Ströh wehrte ihren Vorstoß mit einer rhetorischen Frage ab:

„Sind Sie nicht mit mir der Auffassung, daß wir über diesen Antrag nicht mehr zu beraten brauchten, wenn die Leute, die Ihnen geistig so nahe stehen, den Zweiten Weltkrieg nicht angezettelt hätten? (Abg. Brouwer (NPD): Pfui Teufel noch mal! – Starke Unruhe bei der NPD.)

– Herr Ströh, auf solch eine Frage will ich gar nicht antworten, weil sie mir zu dumm ist“⁶⁶

erwiderte Martha Kruse barsch. Auch in Bremen war der Dialog – geschweige denn der Schulterschluss – mit der NPD undenkbar, obwohl ihre Anträge und Wortmeldungen eher auf Konsensstiftung zielten. Im Zeichen einer gemeinsamen „konstruktiven Opposition“ suchte Kruse den Anschluss an die CDU, indem sie unentwegt ihren Demokratismus beteuerte und die Übereinstimmungen mit deren Positionen betonte. Dies zeigt der wiederholte Versuch, bei den Christdemokraten durch eine scharfe Verbots- und Repressionslinie beim Thema Drogen zu punkten. In diesem Sinne unterstützte sie im März 1971 einen Dringlichkeitsan-

⁶¹ Butterwegge/Meier, Bremen.

⁶² Ebenda, S. 69f.

⁶³ SB, 6. 12. 1968, 7. LP, S. 1216, Archiv der Bremischen Bürgerschaft (ABB).

⁶⁴ SB, 5. 12. 1969, 7. LP, S. 1913 f, ABB.

⁶⁵ SB, 12. 11. 1970, 7. LP, S. 2768, ABB.

⁶⁶ Ebenda, S. 2775.

trag der CDU für eine Aufklärungskampagne über den Haschischkonsum und forderte in diesem Rahmen härtere Strafen für Drogenkonsumenten:

„Solche Freiheit hat nichts mit Demokratie zu tun. Wir sind absolute Befürworter der Demokratie, weil sie jedem einzelnen größtmögliche Freiheit gewährt, die in Selbstverantwortung gehabt werden muß.“⁶⁷

Politische Nähe zur CDU suggerierte sie ebenfalls bei einer Debatte über den Schutz von Minderjährigen im April 1971, in der sie die FDP zur Unterstützung eines Gesetzesentwurfs der CDU aufrief und so ihre demokratische Beispielhaftigkeit unter Beweis stellen wollte:

„Ich wundere mich an sich über die Haltung der FDP [...]. Ich frage mich, warum ist eigentlich die FDP so abweisend dem Gesetzentwurf der CDU gegenüber. [...] Wir von der NPD werden auf jeden Fall den Gesetzentwurf der CDU unterstützen.“⁶⁸

Von den drei Nationaldemokratinnen war Martha Kruse wahrscheinlich diejenige, die am wenigsten Risiken auf sich nahm: Ihre Äußerungen waren nie explizit extremistisch, sondern gemäßigt. Sie stellte sich auf die Seite der Konservativen oder verteidigte in demagogischer Art und Weise die Interessen der kleinen Leute: namentlich der Mütter, Kriegsversehrten und Arbeitslosen. Ihre Strategie entsprach dem von Niethammer beschriebenen „angepassten Faschismus“, der darauf ausgerichtet war, die NPD politisch hoffähig zu machen, die Gegenwart ihrer VertreterInnen in den Parlamenten zu normalisieren und die Partei durch politische Bündnisse an die etablierten Parteien heranzuführen. Die legalistische Taktik der Bremer Nationaldemokratin ging aber nicht auf: Ihren Wortbeiträgen fehlte es an Stichhaltigkeit und Substanz, die wiederholten, oft ungewollten Verstöße gegen die Geschäftsordnung, für die sie gemaßregelt werden musste,⁶⁹ verdeutlichten die mangelnde Professionalität. Die – manchmal verzweifelten – Andockungsversuche an die CDU verstärkten ihre politische Profilosigkeit noch zusätzlich. Alle Parteien wahrten eine sichtbare Distanz zur NPD, allen voran die SPD, die zu Beginn der Legislaturperiode die rechtsextreme Partei als „Antikörper der parlamentarischen Demokratie“⁷⁰ bezeichnet und sodann die antifaschistische Linie vorgegeben hatte, die sowohl für den Koalitionspartner FDP als auch für die christdemokratische Oppositionsfaktion verbindlich war.

Die parlamentarische Praxis der weiblichen NPD-Abgeordneten variierte je nach landespolitischem Kontext, doch lassen sich bezüglich der Rahmenbedingungen, in der sie ihr Mandat ausübten, auch Gemeinsamkeiten feststellen. Trotz ihrer mangelnden parlamentarischen Erfahrung und ihres in dieser Hinsicht zwangsläufig begrenzten Sachverständs, trotz der Herausforderungen, welche die

⁶⁷ SB, 17. 3. 1971, 7. LP, S. 3069, ABB.

⁶⁸ SB, 22. 4. 1971, 7. LP, S. 3172, ABB.

⁶⁹ Des Öfteren ermahnte der sozialdemokratische Parlamentspräsident Herrmann Engel die Nationaldemokratin, so z. B. „Frau Kruse, wenn ich gewußt hätte, daß Sie Ihr Konzept wortwörtlich verlesen, wäre ich nicht so großzügig gewesen“; SB, 5. 12. 1969, 7. LP, S. 1915, ABB; oder SB, 6. 12. 1968, 7. LP, S. 1217, ebenda.

⁷⁰ Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 203.

politische Bühne und die parlamentarische Öffentlichkeit bargen, waren Bläsing, Winkelvoß und Kruse stets um politische Professionalität und Seriosität bemüht. Sie warben bei den anderen Fraktionen um Akzeptanz und hielten sich an die Parteivorgabe, im Plenum eine demokratische und konstruktive Opposition zu vertreten. Dennoch konnten die stark postnazistisch belasteten NPD-Fraktionen in den Parlamenten in Wiesbaden, Hannover und Bremen keine politische Normalität herstellen – jegliche republikanisch-parlamentarische Institutionalisierung wurde ihnen verwehrt. Im Namen des antiextremistischen Konsenses wurden sie marginalisiert, in den Debatten ausgegrenzt oder ignoriert. Auffällig war im Falle der weiblichen NPD-Abgeordneten, dass sie einer besonderen Art der antifaschistischen Diskriminierung ausgesetzt wurden, die man als antifaschistische Misogynie bezeichnen könnte. Angefeindet wurden sie, weil sie rechtsextrem waren, aber vor allem auch, weil sie rechtsextreme Frauen waren. Dafür ernteten sie im Plenum von ihren männlichen Gegenspielern Spott und gehässige Bemerkungen, gegen die sie machtlos waren – auch die Parlamentarierinnen anderer Parteien, die sexistischen Diskriminierungen ebenso ausgesetzt waren, versagten ihnen jegliche weibliche Solidarität. Allgemein betrachtet, waren diese drei Parlamentarierinnen vor allem Hinterbänklerinnen: Ihre politische Außenwirkung und öffentliche Wahrnehmung blieben begrenzt. Gleichwohl verlieh ihnen der Parlamentarierinnenstatus eine besondere politische Aura, die sie wie Gertraude Winkelvoß besonders im Kontext der Bundestagswahl 1969 zur Mobilisierung von Frauen funktionalisierten.

2. Der Bundestagswahlkampf 1969: die Stunde der Nationaldemokratinnen

2.1. Eine ‚Weimarer‘ Wahlschlacht

Als Sternstunde des demokratischen Ringens stellt die Bundestagswahl vom 28. September 1969 zweifelsohne einen der Höhe- und Wendepunkte der westdeutschen Nachkriegsgeschichte dar. Der politische Durchbruch der SPD, die Bildung der sozialliberalen Koalition, die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler trotz oder gerade wegen seiner kühnen politischen Agenda:⁷¹ All das bekundete den Eintritt in eine neue Zeit – die der 1970er-Jahre. Doch der Weg dorthin war kein einfacher gewesen: Selten war es im Vorfeld einer Bundestagswahl zu einer so harschen und gewaltigen Wahlschlacht gekommen, selten war die Öffentlichkeit

⁷¹ Brandt setzte allgemein auf den politischen Bruch mit der christlich-demokratischen Ära: Innenpolitisch sah er grundsätzliche Reformen vor, versprach eine größere Liberalisierung und Demokratisierung; außenpolitisch schrieb er sich die deutsch-deutsche Annäherung auf die Fahne. Über die Hoffnungen und Erwartungen, die der Bundeskanzler 1969 in Westdeutschland weckte und die (nicht) eingelösten Versprechen der Ära Brandt vgl. Schildt/Schmidt (Hrsg.), *Wir wollen mehr Demokratie wagen*.

derart polarisiert, die Zivilgesellschaft so stark mobilisiert, selten war der Ausgang einer Bundestagswahl politisch so entscheidend gewesen. Auch die NPD, die sich im Wahlkampf als einzige authentisch „konservative“ Alternative zur sozialdemokratischen Lösung präsentierte, betonte mit einem ausgeprägten Sinn für Dramatik die historische Bedeutung dieser Wahl:

„Es gibt keinen Zweifel mehr: Wir erleben die Wende einer Zeit, der Nachkriegszeit: Eine neue Epoche wird unter Schmerzen geboren. Und niemand vermag heute mit Sicherheit vorauszusagen, ob am Ende dieses Umbruchs eine friedliche Welt freier Menschen und freier Völker stehen wird oder ob Auflösung und Chaos, Gewalt und Zerstörung den Lauf der Entwicklung bestimmen werden.“⁷²

Das Bewusstsein, dass sich Deutschland in einer Schwellenzeit befand und es im Falle eines SPD-Sieges zu einer grundlegenden innen- und außenpolitischen Wende kommen würde, war bestimmd für die frenetische Energie sowie für die beachtlichen Ressourcen und Mittel, welche die NPD für den Wahlkampf aufbrachte, mit dem erklärten Ziel, ebenjenen Wandel um jeden Preis abzuwenden und in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Zuversichtlich konnte sie durchaus sein, hatte sie doch in den Jahren zuvor ihre politische Expansionsfähigkeit erfolgreich unter Beweis gestellt. Vor Selbstbewusstsein strotzend, verkündete die Parteileitung, dass sie mit etwa 8 bis 12% der Zweitstimmen rechnete, was die von den Umfrageinstituten Emnid und Allensbach ermittelten Wahlprognosen (ca. 5%) weit überstieg. Wenige Wochen vor der Wahl ging von Thadden sogar so weit, der CDU, für den Fall eines breiten Wahlsiegs seiner Partei, eine gemeinsame Koalition vorzuschlagen. Das Angebot ignorierten die ChristdemokratInnen geflissentlich;⁷³ sie betrachteten die NationaldemokratInnen als ernstzunehmende KonkurrentInnen und setzten alles daran, sie politisch klein zu halten. Einerseits diabolisierten sie die NPD durch die Akzentuierung ihres Bedrohungspotentials für die Demokratie, andererseits schärfsten sie ihr eigenes autoritäres Profil, indem sie zuweilen deren *Law-and-Order*-Gestus übernahmen und die von der NPD vertretenen Themen besetzten.⁷⁴ Demgegenüber konzentrierte sich die NPD während ihrer Wahlkampagne sehr einseitig auf die Vertriebenenfrage, die Ostpolitik und die Wiedervereinigung. Aus mangelndem Sachverstand und nationalistischem Starrsinn klammerte sie dabei die damals für so viele WählerInnen akut relevanten Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen aus;⁷⁵ so konnte sie zwar ihre klassische Wahlklientel mobilisieren, beim Stimmenfang aber nicht wie gehofft in die Breite gehen.

Darüber hinaus unterschätzte die NPD auch den scharfen Widerstand, den sie durch ihre Teilnahme am demokratischen Leben hervorrief und an dem sich la-

⁷² Ein Jahr der Entscheidung, in: DN, 20. 12. 1968, Nr. 51/1968, S. 1.

⁷³ Hoffmann, NPD, S. 117 f.

⁷⁴ Ebenda, S. 121.

⁷⁵ In einer Umfrage vom September 1969 gaben die Befragten an, sich weit mehr für die wirtschaftlichen Fragen (81%) als für die deutsch-deutschen Beziehungen (35%) zu interessieren. Das lag vermutlich am unmittelbaren Kontext der kurzzeitigen wirtschaftlichen Rezession (1966/67), die bei vielen BürgerInnen soziale Ängste hervorgerufen hatte. Ebenda, S. 119.

gerübergreifend viele AkteurInnen aus Gesellschaft, Medien, Politik und Wissenschaft beteiligten, um die Öffentlichkeit vor der rechtsextremen Gefahr zu warnen. Presse, Rundfunk und Fernsehen boykottierten die Partei. Lokale Verwaltungsbehörden unterbanden ihre Wahlveranstaltungen in den Städten und Gemeinden, indem sie sich grundsätzlich weigerten, der NPD Säle oder sonstige Räume zur Verfügung zu stellen bzw. Mietverträge unter dem Druck der Zivilgesellschaft kurzfristig auflösten. Die Partei sah sich dadurch genötigt, eilig umdisponieren zu müssen, und büßte somit an politischer Schlagkraft und organisatorischer Effizienz ein. Die NPD klagte zwar gerichtlich gegen ihre Diskriminierung, aus Zeitmangel gelang es ihr aber kaum, die Blockierung, das Aufschieben oder gar das Ausfallen von Kundgebungen, Meetings und Parteitagen zu verhindern.⁷⁶ Diese Ausgrenzungsmanöver, die aus einer konsequent antiextremistischen Motivation heraus betrieben wurden, schadeten der Partei nachhaltig. Dadurch, dass sie die Wahlkampfführung belasteten, Ablauf und Planung durcheinanderbrachten und das Parteimage stark beschädigten, disqualifizierten sie die NPD politisch.

Gleichzeitig entflammt im unmittelbaren Kontext der Bundestagswahl die seit 1966 schwelende Diskussion über ein mögliches Parteiverbot. Vom DGB und den Innenministern der SPD-geführten Bundesländer angestoßen, um „Bonn“ nicht wie „Weimar“ verkommen zu lassen, nahm sich auch die Bundesregierung sehr bald der Frage der Verfassungsmäßigkeit der NPD an. Sie stellte die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens in Aussicht, ergriff dabei jedoch beim Bundesverfassungsgericht keine konkreten Schritte gegen sie.⁷⁷ Wie es Dudek und Jaschke zutreffend erläutert haben, sprach vieles dafür, dass „die Verbotsdiskussion weniger ‚ernst‘ gemeint war, sondern eher als politische Drohgebärde verstanden werden sollte gegenüber einer Partei, die sich anschickte, auf den Bänken des Bundestags Platz zu nehmen“.⁷⁸ Wirkungsvoll war diese Einschüchterungsstrategie allemal, weil die Bundesregierung mit diesem Damoklesschwert und der mit dem ange drohten Verbotsverfahren verbundenen Stigmatisierung ununterbrochen Druck auf die Partei, ihre AnhängerInnen und potentiellen WählerInnen ausüben konn-

⁷⁶ Der Parteitag vom Februar 1969 musste *in extremis* nach Schwabach verlegt und der Kongress vom Mai 1969 von Bonn nach Stuttgart verschoben werden. In ihrem Parteiorgan schwadronierte und berichtete die NPD viel über die Ausgrenzungsmanöver ihrer politischen Gegner und die damit einhergehenden gerichtlichen Auseinandersetzungen. 1969 rühmte sie sich, 26 Prozesse gegen Stadtverwaltungen gewonnen zu haben; sie gab jedoch nicht an, wie viele Niederlagen sie einstecken musste. Vgl. Die wichtigsten Gerichtsentscheidungen zugunsten der NPD betr. Vermietung von öffentlichen Einrichtungen, in: DN, 14. 3. 1969, Nr. 11/1969, S. 3.

⁷⁷ Im Februar 1967 kündigte der christdemokratische Bundesinnenminister Paul Lücke Maßnahmen gegen die NPD an, die jedoch folgenlos blieben. Im Sommer 1968 teilten wiederum die Länderregierungen mit, dass sie die Einleitung eines Verfahrens über den Bundesrat erwogen, unternahmen aber nichts. Schließlich ließ auch der seit 1968 amtierende Bundesinnenminister Ernst Benda wissen, dass seine Behörde belastendes Material sammelte; letztendlich verzichtete aber auch er 1969 definitiv darauf, einen entsprechenden Antrag beim Bundesverfassungsgericht einzureichen; vgl. Hoffmann, NPD, S. 96 f.

⁷⁸ Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 289.

te, ja die Partei schier unwählbar mache, ohne dennoch ein aufwändiges Verfahren mit ungewissem Ausgang, geschweige denn das Risiko eines Debakels auf sich nehmen zu müssen.⁷⁹ Bundesinnenminister Ernst Benda ging auch auf einem anderen Terrain in die Offensive: Im Frühjahr 1969, inmitten der Wahlkampagne, bot er den etablierten Parteien fünf Millionen DM, um sie in ihrem Kampf gegen die NPD zu unterstützen.⁸⁰ Daraufhin bestritten FDP, SPD, CDU und CSU vehement, jemals öffentliche Gelder zu diesem Zwecke bekommen zu haben; auch das Bundesinnenministerium dementierte.⁸¹ Doch einschlägige Beweise – vor allem ein Brief von Hans-Dietrich Genscher, dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP – veranlassten die NPD, so Adolf von Thadden,⁸² dazu, vor die Gerichte zu ziehen und das Ergebnis der Bundestagswahl anzufechten. Zwar wurde zur Prüfung der Unterstellungen ein Wahlprüfungsausschuss eingesetzt, allerdings wurden die Ermittlungen rasch eingestellt, weil die neue Bundesregierung die Aussage des ehemaligen Ministers Benda und des neuen Ministers Genscher verhinderte.⁸³ Diese Unterbindungs- und Verhinderungsinitiativen, die sich stellenweise an der Grenze der Legalität bewegten, waren Ausdruck der äußersten Wachsamkeit, welche die Bonner Regierungen als Verfechterinnen der „streitbaren Demokratie“ aus einer historischen Verantwortung – und zur Wahrung des Renommes der Bundesrepublik auf der internationalen Bühne – gegen die rechtsextremen Kräfte walten ließen. Anders als in „Weimar“ war ihr operatives Handeln ganz darauf ausgerichtet, jene einzuhegen sowie deren politische Normalisierung und Institutionalisierung zu verhindern.

Nicht zuletzt wurde die NPD auch auf der Straße frontal bekämpft. Sowohl Studierende als auch Gewerkschaften und diverse antifaschistische Kräfte, die sich unter der Ägide der APO versammelt hatten, gingen auf Konfrontationskurs zu der Partei, die sie als Verkörperung der „Sünden der Elterngeneration und [der] defizitären Strukturen des Kapitalismus“⁸⁴ betrachteten. Durch tumultartigen Protest, Sitzblockaden und Pfeifkonzerte störten sie die Parteiveranstaltungen.⁸⁵

⁷⁹ Wahrscheinlich wären der Antidemokratismus der NPD und ihre „Wesensverwandtschaft mit der NSDAP“ schwerer zu belegen gewesen, als es 1952 bei der SRP der Fall gewesen war. Das Scheitern des Verfahrens hätte die NPD vom Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit befreit und politisch rehabilitiert; die Bundesregierung, den Staat und die Demokratie hätte ein solcher Ausgang zweifellos geschwächt. Das Kalkül der bundesrepublikanischen Akteure ging somit auf.

⁸⁰ „5 Millionen Mark gegen die NPD. Das Haus Benda macht Steuermittel locker zum Wahlkampf gegen die NPD-Opposition“, in: DN, 21. 3. 1969, Nr. 12/1969, S. 1.

⁸¹ Deutscher Bundestag, Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung über den Wahleinspruch des Adolf von Thadden et alii gegen die Gültigkeit der Wahl zum 6. Deutschen Bundestag vom 28. September 1969, Drucksache VI/1311, 6. 10. 1970, S. 6–8.

⁸² So schreibt er es zumindest in seiner Autobiographie: von Thadden, Rechte, S. 17.

⁸³ Hoffmann, NPD, S. 132 ff.

⁸⁴ Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 354.

⁸⁵ Die NPD-Presse berichtete gern und ausgiebig über die Störmanöver ihrer politischen Gegner, so z. B. bei einer Kundgebung mit Anneliese Bläsing: „Einige offenbar unter Alkohol stehende Jugendliche versuchten zu stören, kamen aber nicht durch.“ In: DN, 31. 3. 1967, Nr. 13/1967, S. 10. Oder während einer Veranstaltung in Peine: „Gemischtes Publikum, Alter 20 bis 70 Jahre,

Bei Gegendemonstrationen zu NPD-Großkundgebungen mit großem Polizeiaufgebot kam es immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen, manchmal mit fatalen Folgen: Im Mai 1967 wurde ein NPD-Aktivist bei einem Handgemenge angeschossen, im November des gleichen Jahres wurde ein Pressefotograf bei krawallartigen Auseinandersetzungen nach einem Auftritt Adolf von Thaddens in Ulm getötet; nach einer Prügelei erlitt der NPD-Anhänger Carl Hoffmann einen Herzinfarkt und verstarb. Er war am 31. Januar 1968 nach München gereist, um ein Treffen der SPD-nahen Organisation „Aktion Januar 1968“ zu stören.⁸⁶ Diese Gewaltexzesse, die die NPD aushalten musste, aber ebenso auch anstachelte, bereitete die Partei propagandistisch auf. Im Sommer 1967 gründete die NPD unter der Leitung von Anneliese Brandes das „Kuratorium Terroropfer“, das den bei Ausschreitungen verletzten Mitgliedern eine materielle Unterstützung anbot.⁸⁷ Im November 1968 schaffte sie zur „Sicherung“ ihrer öffentlichen Versammlungen einen Ordnerdienst (OD), dessen aggressives Auftreten⁸⁸ den politischen Gegensatz noch verschärfte. Exemplarisch für die explosive Stimmung der Zeit steht der außerordentliche Parteitag, der am 22. Februar 1969 in Bayreuth den Startschuss für den Wahlkampf geben sollte. In der Vorbereitungsphase warnte der Organisationsleiter Walter Seetzen die Delegierten eindringlich vor möglichen Übergriffen:

„Wir müssen damit rechnen, dass mit Farbbeuteln oder Eiern geworfen wird. Aus diesem Grund wird allen Teilnehmern empfohlen, abwaschbare Mäntel überzuziehen oder mitzubringen. [...] Der Parteivorstand erwartet von allen Teilnehmern die für die Durchführung dieses Parteitages notwendige Disziplin. Sie erleichtern allen Verantwortlichen dadurch die Arbeit und helfen mit, daß Bayreuth trotz Behinderung durch unsere Gegner ein voller Erfolg wird.“⁸⁹

Die Sicherheitsvorkehrungen, die in diesem Rahmen getroffen wurden, veranschaulichen das singuläre Spannungsfeld, das für die politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der späten 1960er-Jahre charakteristisch war. Bei dem kurzfristig nach Schwabach verlegten Parteitag trafen 650 Parteidelegierte und Hunderte OD-Mitglieder auf 300 APO-VertreterInnen. 400 PolizistInnen spererten die als Tagungsort fungierende Markgrafenhalle weiträumig ab und verriegelten die Zugänge mit Stacheldraht und Barrieren, sodass der Parteitag hinter verschlossenen Türen und von der Öffentlichkeit gänzlich abgeschirmt – in einem Klima der Angst und der konstanten Nervosität – abgehalten werden musste.⁹⁰

Angst, Furcht, Paranoia und Beklemmung kennzeichneten in diesem Kontext das „emotional regime“ (William M. Reddy), das die NPD in ihrer Propaganda

überwiegend männliche Zuhörer, darunter Landwirte, Schüler und eine Gruppe Beatles mit offensichtlichen Stör- und Protestabsichten.“ In: DN, 16. 6. 1967, Nr. 24/1967, S. 10.

⁸⁶ Hoffmann, NPD, S. 124.

⁸⁷ DN, 4. 8. 1967, Nr. 31/1967, S. 10.

⁸⁸ Der 250 Mann starke Ordnerdienst, der uniformiert und zuweilen mit Helm und Waffen ausgestattet auftrat, geriet schnell in Verruf, erinnerte seine Gewaltbereitschaft doch stark an die paramilitärische SA der Nazi-Zeit.

⁸⁹ Rundschreiben von Walter Seetzen Nr. 4/69, 13. 2. 1969, in: Nds. HStA/NLA, VVP39 Acc. 147/92 Nr. 14.

⁹⁰ Hinterm Drahtverhau ein Bataillon harter Fäuste, in: SZ, 24. 2. 1969, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

willentlich bediente und innerparteilich funktionalisierte. In der Logik der gegenseitigen Aufwiegelung setzte sie nicht auf Deeskalation, sondern verschärfe die Polarisierung noch zusätzlich durch ein prononciertes Opfer- und Bedrohungsnarrativ. Mit alarmierenden Titeln wie „Roter Mob stürmt die Räume der NPD-Fraktion“, „Generalangriff der roten Internationale“ oder „Kommunisten-Terror in Hessen“⁹¹ die allesamt stark übertrieben bürgerkriegsähnliche Zustände evozierten, dramatisierten die „Deutschen Nachrichten“ die politische Lage erheblich und stärkten somit das Unsicherheitsgefühl ihrer LeserInnen. Das Parteiorgan schilderte die APO als das Schreckgespenst überhaupt, beschrieb sie als skrupelloser und brutaler „Mob“⁹² und bezog die „bundesrepublikanischen Zustände“ direkt auf die „Weimarer Verhältnisse“. Dementsprechend verglich es 1969 mit 1919 und stellte die „APO-SDS“-Proteste mit der spartakistischen Revolution auf eine Stufe,⁹³ was bei der älteren Generation, die ein halbes Jahrhundert zuvor ebenjene Novemberrevolution erlebt hatte, womöglich schmerzhafte Erinnerungen wachrufen und emotionale Assoziationen auslösen musste. Dem Staat unterstellte das Blatt dabei Lüge, Verleumdung, Stigmatisierung und Autoritätslosigkeit,⁹⁴ es warf ihm zuweilen sogar „anarchistische“ Komplizenschaft mit der „dutschkistischen Revolution“ vor, duldet er doch durch seine permissive Haltung das „linksextreme Chaos“⁹⁵ – somit übe er „Verrat“ an der Demokratie und dem Grundgesetz, welche die NPD als selbsternannte „Recht und Ordnung“-Partei wiederum alternativlos zu schützen vorgab.⁹⁶ Durch den rhetorischen Manichäismus, die emotionale Zusitzung und die Selbststilisierung der NPD zum Prügelknaben der Nation schürte die Partei Ressentiments gegen den Staat und die politischen Gegner; anscheinend hoffte sie, mit ihrem „Jetzt-erst-recht“-Diskurs den Körpsgeist und Kampfeswillen ihrer AnhängerInnen zu forcieren.

Wenige Tage vor der Wahl erreichte die Gewalteskalation mit den sogenannten „Schüssen von Kassel“ ihren Höhepunkt: Während der von Krawall begleiteten

⁹¹ DN, 13. 6. 1969, Nr. 24/1969, S. 1; DN, 26. 9. 1969, Nr. 39/1969, S. 5 f.

⁹² „Fast 1500 waren gekommen, Schüler, Studenten, Gewerkschaftler, Radikalinskis, ehemalige Insassen von Konzentrationslagern. Gehbehinderte stürzten zu Boden. Damen, als ‚Nazi-Flittchen‘ tituliert, flohen vor greulich maskierten Gammern.“ Vgl. Mit roter Fahne gegen die NPD, in: DN-Sonderdruck „Die NPD setzt sich durch“, IV/68, S. 12.

⁹³ 1919–1969, in: DN, 19. 9. 1969, Nr. 38/1969, S. 9.

⁹⁴ Hetze – Lüge – Verleumdung, in: DN, 19. 9. 1969, Nr. 38/1969, S. 11.

⁹⁵ Viele Titel spielten darauf an, etwa: Roter Terror mit staatlicher Duldung, in: DN, 22. 11. 1968, Nr. 47/1968, S. 1; oder Der Rechtsstaat verlor eine Schlacht – Grundgesetz und Demokratie verraten – Gesetzes- und Rechtsbrüche unter den Augen der Polizeiführung, in: DN, 29. 11. 1968, Nr. 48/1968, S. 9.

⁹⁶ NPD fordert Schutz der demokratischen Ordnung, in: DN, 14. 6. 1968, Nr. 24/1968, S. 2; und NPD-Auftrag ist demokratisch, in: DN, 31. 5. 1968, Nr. 22/1968, S. 8. Seit der Parteigründung versuchten die NPD-Ideologen und -Propagandisten das Gefühl von Sicherheit, Ordnung und Beständigkeit zu vermitteln, wie es etwa Otto Heß in einem Interview darlegte: „Unsere gesamte Propaganda ist darauf abgestellt, das Gefühl der Sicherheit, der Glaubwürdigkeit, der Stetigkeit zu geben: Denen kann man trauen, bei denen sind unsere Kinder gut aufgehoben, dort werden positive Erlebnisinhalte vermittelt“. Vgl.: Mit 90 Abgeordneten in den nächsten Bundestag, in: Der Spiegel, Nr. 49, 1966, S. 47–53, hier S. 48.

„Deutschlandfahrt“ kam es bei einer Veranstaltung mit Adolf von Thadden am 16. September 1969 zu einem Zusammenstoß mit Gegendemonstranten, bei dem das OD-Mitglied Klaus Kolley das Feuer eröffnete und zwei junge Männer schwer verletzte.⁹⁷ Für die NPD erwies sich dieses national und international medial stark beachtete Ereignis so kurz vor der Wahl als verheerend, offenbarte es doch vor aller Augen die Radikalität und Gewaltaffinität der extremen Rechten. Es beförderte zweifellos die wenig später eintretende Niederlage der Partei – mit 4,3% der Stimmen verpasste die NPD den Einzug in den Bundestag. Auch 30 Jahre nach den Vorfällen gab die NPD den politischen Gegnern die Schuld und präsentierte die Ereignisse von Kassel als Verschwörung der Linken:

„Dann waren da noch die ‚Schüsse von Kassel‘, die dem NPD-Ordnerleiter Klaus Kolley angelastet wurden, der dem NPD-Vorsitzenden v. Thadden zwölf Tage vor dem Wahltag zu Hilfe kam, als dieser mit anderen NPD-Amtsträgern von einem Pulk roter Gewalttäter auf der Straße in Kassel bedrängt wurde. Kolley schoss jedoch nur einmal in die Luft. Die anschließend auftauchenden zwei Linksextremisten mit leichten Schußverletzungen (deren Ursprung nie geklärt wurde) ließ die Presse jubeln: ‚die NPD prügelt nicht nur, sie schießt auch!‘ In den Wochen zuvor waren bereits NPD-Saalordner als blutrünstige, gewalttätige Bestien denunziert worden, auch die Stasi hetzte hier fröhlich mit.“⁹⁸

Die Selbstgerechtigkeit, mit der auch im Nachhinein die Ereignisse aufgearbeitet wurden, zeugt vom schmerzhaften Bewusstsein der AkteurInnen, im Jahr 1969 eine historische Chance verpasst zu haben. Nicht von ungefähr gilt 1969 auch partiintern als Zäsur und Trendwende.

2.2. „Jede Frau hat eine Stimme“: weibliche Mobilisierungsnarrative

Das allgemeine Gewaltklima, das die kämpferisch-virile Wahlkampagne der NPD dominierte, beeinträchtigte die Partizipation von Frauen erheblich: Aus Angst vor Übergriffen mieden sie die Öffentlichkeit und hielten sich von den großen Parteikundgebungen fern. Weil die Nationaldemokratinnen aber davon überzeugt waren, dass der Wahlausgang maßgeblich von der Wählerinnengunst abhängen würde,⁹⁹ wollten sie den Wahlkampf den Parteifreunden nicht völlig überlassen und versuchten somit ihren eigenen Wahlkampf anders, gängigen Geschlechtsstereotypen entsprechend friedlicher und „weiblicher“ zu gestalten, die Wählerinnen mit

⁹⁷ Hoffmann, NPD, S. 128 f.

⁹⁸ Salomon, NPD nach der Bundestagswahl, S. 129.

⁹⁹ Wegen der demographischen Asymmetrie gab es in Deutschland immer noch viel mehr Wählerinnen als Wähler; so bestimmte die Wahlentscheidung der Frauen letztendlich die Machtverhältnisse im Bundestag: „[Es] ist unschwer erkennbar, welch eminent wichtiges Element die Frau in der Gesellschaft und in der Politik darstellt. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn an dieser Stelle gesagt wird, das [sic!] letzten Endes die deutsche Frau den Ausschlag für die jeweilige Bundesregierung gibt.“ Vgl. Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.; vgl. auch Wahlberechtigte 1969, in: Deutsche Nationalzeitung, 28. 4. 1969, Nr. 16/1969, S. 8.

ihren eigenen Themen anzusprechen und die Frauen überhaupt dazu zu bewegen, wählen zu gehen. So bestand ihre Aufgabe maßgeblich darin, Frauen auf der diskursiven Ebene allgemein über ihre politische Macht aufzuklären.¹⁰⁰ In der achtseitigen Broschüre „Frau und Familie“, die 1967 von Nationaldemokratinnen zur Frauenmobilisierung konzipiert¹⁰¹ und in einer Sonderausgabe der „Deutschen Nachrichten“ erschien, machte die Münchener Nationaldemokratin Irene Schiemann auf die Inkonsistenz des politischen Verhaltens von Frauen aufmerksam:

„Trotz Gleichberechtigung, trotz weitgehendster Emanzipation halten sich die Frauen in der heutigen, sonst so aufgeschlossenen Zeit von der Politik fern. Es gibt Unternehmerinnen, die riesige Betriebe mit Umsicht und Klugheit, Weitblick und Geschäftssinn leiten; in den sozialen Berufen erobert sich die Frau immer mehr den ihr gebührenden Platz: Es gibt Rechtsanwältinnen, weibliche Geistliche, ganz abgesehen von den weiblichen Kapazitäten in der Medizin und in der Kunst. Warum aber hält sich die Frau von heute von der Politik zurück?“¹⁰²

Ganz an den Suffragetten-Geist anknüpfend, schien Schiemann paradoixerweise zu bedauern, dass die weibliche Emanzipation nicht weit genug ging. Diesen feministisch anmutenden Ansatz teilte sie mit manch anderen NPD-Frauen, die in den 1960er-Jahren für die individuelle, auch professionelle Selbstentfaltung von Frauen und deren Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen eintraten. Die Emanzipation als Synonym für politische Selbständigkeit¹⁰³ betrachteten sie dabei als positiven Wert, als zu erreichendes Ziel, zu dem man Frauen hinführen müsse. In Sinn und Wortlaut knüpften sie so explizit an die Tradition der ersten deutschen Frauenbewegung an.

Eine Möglichkeit, Frauen zu politisieren und zu mobilisieren, war, weibliche Vorbehalte abzubauen und dabei auch männliche Stereotype über die politische Partizipation von Frauen bzw. ihre politische Unmündigkeit aufzuweichen. Hildegard Niewöhner argumentierte schon beim Marburger Frauenkongress 1966, dass Frauen entgegen allgemeiner Annahmen eben nicht aus dem „Bauchgefühl heraus“ den „Schönsten“ (Erich Mende) oder den „Jüngsten“ (Willy Brandt) wählten, sondern vernunftgeleitet für den „Fähigsten“ (Ludwig Erhard) stimmten, wie es etwa die Bundestagswahl 1965 eindeutig gezeigt hätte, und somit ihren politischen Sachverstand eindeutig bekundeten.¹⁰⁴ Frauen hätten eine politische Verantwor-

¹⁰⁰ „Es gibt mehr Frauen als Männer – Sie brauchen nicht machtlos zu sein – Politisch interessierte Frauen besitzen eine große Macht“, in: Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹⁰¹ Zu den Autoren zählen u. a. Gertraude Winkelvoß (Lüneburg), Hildegard Niewöhner (Wiesbaden), die Prinzessin Marie Adelheid Reuß zur Lippe (Oldenburg), die Baronin Helene von Watter (Köln) und Irene Schiemann (München), die in ihren Artikeln Themenfelder wie Frauen in Politik und Arbeitsmarkt, Heirat, Erziehung, Mode und Kultur beackerten.

¹⁰² Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹⁰³ „Die Frau wählt anders als der Mann – sie ist selbstständig, auch im politischen Denken, und die Männer sollten das wahrhaben und in ihren Überlegungen berücksichtigen“; vgl. Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹⁰⁴ Hildegard Niewöhner, Wir Frauen und die Wahl. Möglichkeiten und Erfahrungen, Redemanskript, Frauenkongress in Marburg, 18. 9. 1966, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

tung, sie müssten nur wagen, sich ihrer anzunehmen und aus ihrer apolitischen Haltung herauszubrechen:

„Die Frau, die heute der Politik ausweicht, bringt sich durch ihre politische Abstinenz um die Möglichkeit, ihr Schicksal und das ihrer Kinder mitzubestimmen oder es wenigstens zu versuchen. Die Zeiten der Suffragetten sind vorbei. Die Frau hat die Möglichkeit mitzureden, mitzuwirken – sie muß es nur wollen.“¹⁰⁵

Ob aus Überzeugung oder Kalkül formuliert, der Standpunkt Niewöhners bekräftigte die legalistische Linie der NPD insofern, als er sich auf verfassungsrechtliche Prinzipien berief und die demokratische Beteiligung von Frauen befürwortete. Andere Gesichtspunkte erwiesen sich als weit kritischer und reaktionärer. Gertrud Neumann argumentierte beispielsweise, dass Frauen politisch nicht gleichgültig, sondern von der „schmutzigen Politik“ angewidert seien. In einem Artikel von 1968 beschrieb sie in apologetischer Manier den vermeintlichen Elan von „Mädchen und Frauen aller Altersklassen“, die „aus der Überzeugung heraus, einer guten Sache zu dienen“, sich „vor und in der Zeit des Zweiten Weltkrieges“ – d. h. im Nationalsozialismus – „bewusst für Volk und Staat“ eingesetzt hätten.¹⁰⁶ Die Alliierten und Bonn seien es gewesen, die die Frauen von der Politik abgebracht hätten:

„Nach überstandener ‚Entnazifizierung‘ und der damit zusammenhängenden Bestrafung eines großen Teiles unserer Männer und Frauen, die für die meisten eine Bestrafung des in die Tat umgesetzten Idealismus war, wollten verständlicherweise die allermeisten Frauen von ‚der schmutzigen Politik‘ nichts mehr wissen und nur noch für ihre Familien leben. Glaube und Vertrauen zu den Männern der Politik jeder Richtung waren zerbrochen. [...] Nachdem ihre einstige Einsatzbereitschaft als ‚Vergehen‘ und ‚Dummheit‘ öffentlich und vor allem gegenüber der jungen Generation verhöhnt wurde, sah die deutsche Frau keine Ursache mehr, sich dem Sog des in den 1950er-Jahren einsetzenden materialistischen Denkes [sic!] zu widersetzen. [...] Liegt in dieser Haltung denn nicht eine ganz konsequente, folgerichtige Entwicklung, die bewußt von den Siegermächten eingeleitet und in derselben Linie gehorsam von den lizenzierten Parteien der Nachkriegszeit fortgeführt wurde?“¹⁰⁷

Neumann zufolge sei der politische Idealismus nach 1945 von den Alliierten und „Bonn“ willentlich durch den politisch einlullenden Materialismus ersetzt worden. Durch Umerziehung und Entpolitisierung seien die Deutschen „entgermanisiert“, dafür aber „amerikanisiert“ und von der Gier nach Konsum, Komfort und Überfluss regelrecht verdorben worden. So bezog sich die „schmutzige Politik“ nicht auf die Verbrechen der NationalsozialistInnen, sondern auf die Verfehlungen der an die Siegermächte „ausverkauften“ Bonner Regierungen, mit denen sich die „deutsche Frau“ – sprich: die ehemalige Nationalsozialistin Gertrud Neumann – nicht identifizieren konnte.

Die wenigsten Nationaldemokratinnen vertraten so radikal antirepublikanische und antiparlamentarische Standpunkte, alle aber stimmten in der Taktik überein,

¹⁰⁵ Vgl. Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S., und DN, 7. 10. 1966, Nr. 40/1966, S. 6.

¹⁰⁶ DN, 7. 6. 1968, Nr. 23/1968, S. 8.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 8.

die Diskreditierung der etablierten Parteien zur nationaldemokratischen Selbstprofilierung zu nutzen. Die NPD wurde somit als ‚heilsame‘ Alternative zu allen anderen als misogyn und scheindemokratisch dargestellten Parteien¹⁰⁸ gepriesen, gerade für Frauen, welche die NPD besonders hervorhöbe: „Sagen Sie das Ihren Freundinnen und Bekannten, daß bei uns die frauliche Beurteilung der Dinge der Politik – wie sehr fehlt das manchmal! – besser zur Geltung kommt“,¹⁰⁹ so der Aufruf der Nationaldemokratinnen im Parteiorgan. Dieser konnte jedoch nur bedingt über die für Frauen äußerst ungünstigen Geschlechterverhältnisse, die in der ‚Männerpartei‘ NPD herrschten, hinwegtäuschen. Gerade deswegen stellten die Nationaldemokratinnen die Geschlechter- und Gleichheitsfragen ins Zentrum ihres Wahlkampfs. Während die männlich dominierte Parteileitung die Wahlkampagne auf die Links-Rechts-Polarität fokussierte, konzentrierten die Parteifrauen die ihrige auf den Gegensatz der Geschlechter. Antisexistische Kritik und entsprechende Gleichberechtigungsfordernungen standen somit im Mittelpunkt ihres Diskurses, den sie vornehmlich auch an die eigenen Parteimänner richteten. Dabei muss aber relativierend betont werden, dass ebenjene Forderungen immer auch einem übergeordneten Prinzip gehorchten, dass ihr Bekenntnis zu Nation, Deutschland und Volk ihre Zugehörigkeit zur extremen Rechten begründete, kurzum: dass ihre Hauptmission also vor allem darin bestand, Frauen, d. h. konervative und national gesinnte Frauen, von der CDU/CSU abzuwerben und für die „nationale Sache“ zu gewinnen:

„Die Frau hat die Möglichkeit mitzureden, mitzuwirken – sie muß es nur wollen. Der Frau dies nahe zu bringen, ihr begreifbar zu machen, daß die Politik kein Tabu mehr für sie ist, muß eine der vordringlichsten Aufgaben aller sein, die es mit dem Schicksal der Nation ernst meinen. Die deutsche Frau ist in ihrer Masse, in ihrer Seele konservativ und familientreu. Von dieser Grundeinstellung zum Begriff der vaterländischen Tradition und der Treue zur Nation ist nur ein kleiner Schritt.“¹¹⁰

In der nationaldemokratischen Logik war die politische Emanzipation von Frauen kein feministischer Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Förderung der politischen Expansion. Auch konnten die antisexistischen Forderungen nicht feministisch sein, weil sie einer reaktionären und potentiell anti-republikanischen Zielsetzung dienten: Für einige Nationaldemokratinnen blieb das „Dritte Reich“ ein taugliches Modell für die politische Zukunftsgestaltung der Nation. Weil es nicht möglich war, den Lauf der Geschichte umzukehren, bemühten sich die Nationaldemokratinnen durch eine gezielte Weichenstellung darum, deren Lauf in die ‚richtige‘

¹⁰⁸ „Alle alten Parteien sind in Wahrheit frauenfeindlich. Nicht nur in der CDU/CSU und FDP, auch in der SPD gibt es keine echte politische Position, die von einer Frau eingenommen würde. Machen wir uns nichts vor: Die Frau wird heute in der Demokratie genau wie im Nationalsozialismus nur als eine Art ‚Frauenschaft‘ zur Unterstützung der Politik, die ausschließlich von Männern gemacht wird, geduldet.“ Vgl. Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹⁰⁹ Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹¹⁰ Warum stehen die Frauen politisch abseits?, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

Richtung zu weisen.¹¹¹ Dies geschah unter anderem dadurch, dass sie sich im Vorfeld der Bundestagswahl aktiv in die Politik einbrachten, Konzepte erarbeiteten, politische Praktiken entwickelten, Tagungen abhielten und weibliche Netzwerke aufbauten.

2.3. Kandidaturen, Wahlkampf und Vernetzungsinitiativen der Nationaldemokratinnen: der Bundesbeirat der Frauen der NPD (1968/69)

Um die Wählerinnen davon überzeugen zu können, dass die Stimmenabgabe für die NPD die „intelligente“ und „vernünftige“ Entscheidung war,¹¹² dass Frauen in der Partei erwünscht waren und gefördert wurden, musste man ihr laut Gertraude Winkelvoß ein weibliches Antlitz verpassen. Die Aufstellung von Wahlkandidatinnen als weibliche Identifikationspersonen und politische Fahnenträgerinnen würde, so meinte sie, die Feminisierung sichtbar machen und eine weibliche Dynamik auslösen. Männliche Bedenken müsste man überwinden:

„Dabei wurden immer wieder Klagen laut, daß der Mann die Politik als seine Domäne betrachte und die Frau lediglich als schmückendes Beiwerk. Ist das klug von ihm? Vergißt er nicht die Millionen Frauen, deren Stimmen immer mehr ins Gewicht fallen könnten? Lassen sich aus verständlichen Gründen Frauen auch in der Politik in bevorzugterweise [sic!] vom Mann beeindrucken, so möchten sie sich doch in einer Partei, die sie wählen, auch durch Frauen vertreten wissen“,¹¹³

erklärte sie bei einer Frauenveranstaltung in Bremen im Januar 1968. Für die auf Respektabilität bedachte und unter chronischem Personalmangel leidende Partei war die Kandidatenauslese kein einfaches Unterfangen. Die etablierten Parteien waren in den 248 Wahlkreisen zu stark verwurzelt, als dass die NPD hoffen konnte, auch nur ein einziges Direktmandat bei der Bundestagswahl 1969 zu ergattern. Aber weil sie die DirektkandidatInnen als unentbehrliche ImageträgerInnen und MultiplikatorInnen vor Ort betrachtete, wurden diese mit Umsicht ausgesucht. Dabei wurden aus wahlaktischen Erwägungen die Männer den Frauen vorgezogen.¹¹⁴ Gleichwohl traten in einigen Wahlkreisen auch Parteifrauen wie Hedwig Kestermann (Bochum), Meta Schirrmeister (Wandsbeck), Elisabeth Weintritt (Braunschweig) oder Eva-Maria von Wolzogen (bei Kassel) an. Die Erfolgsaussichten waren dennoch minimal und ihre Kandidaturen bestenfalls symbolisch, doch

¹¹¹ „Diese Dinge sind nicht mit Phrasen und Schlagworten abzutun – man kann die Räder der Entwicklung auch nicht rückwärts drehen –, aber wir müssen versuchen – gerade wir Frauen –, die Richtung mit zu beeinflussen.“ Vgl. Jede Frau hat eine Stimme, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹¹² „Die Entscheidung der denkenden Frau: Diesmal bestimmt Nationaldemokraten (NPD) wählen!“; vgl. Frauen können die Politik bestimmen, in: DN-Sonderdruck „Frau und Familie“, B/67, 1967, o.S.

¹¹³ Die Frauen in den Kreisverbänden, in: DN, 5. 2. 1968, Nr. 5/1968, S. 10.

¹¹⁴ Über die Spezifität der Kandidatenauslese in den Wahlkreisen für die Bundestagswahl 1965 vgl. Kaack, Wahlkreisgeographie, S. 55 ff.

bezogen sie durch ihre Gegenwart offiziell Stellung für die Partei, bewarben ihre Inhalte und bekundeten somit sowohl ihr Sendungsbewusstsein als auch ihren politischen Anspruch.

Auf den Landeslisten standen die Chancen sehr viel besser, über die Zweitstimmen ein Bundestagsmandat zu erringen. So waren die Listenplätze und mehr noch die Spitzenpositionen dementsprechend stark umkämpft. Im Zuge des zähen Verhandlungswettstreits, der sowohl hinter den Kulissen als auch öffentlich während des außerordentlichen Parteitags in Schwabach vom 22. Februar 1969 ausgetragen wurde, konnten vor allem die Parteigrößen die Wahl als Spitzenkandidaten für sich entscheiden: Prominent vertreten waren die Führungsriege mit Adolf von Thadden (Nordrhein-Westfalen), seine loyalen Weggefährten Karl Lawall (Saarbrücken) und Otto-Theodor Brouwer (Bremen) sowie ehrgeizige und bewährte Abgeordnete, etwa Siegfried Pöhlmann (Bayern) oder Peter Stöckicht (Baden-Württemberg) – jedoch keine einzige Frau.¹¹⁵ Dennoch kann behauptet werden, dass einige Nationaldemokratinnen dank ihres günstigen Listenplatzes bei Überwindung der 5-Prozent-Hürde womöglich den Einzug ins Parlament geschafft hätten. Das galt sowohl für Gertraude Winkelvoß (Platz 5 in Niedersachsen) als auch für Eva-Maria von Wolzogen (Platz 6 in Hessen), aber vermutlich weniger für Rosemarie Wieland (Platz 8 in Baden-Württemberg), Helene von Watter (Platz 10 in Nordrhein-Westfalen) und all diejenigen, die als weibliche Alibis am unteren Ende der Listen rangierten. Von einer Feminisierung im quantitativen Sinne konnte beim Kandidatausleseprozess jedenfalls nicht die Rede sein: Die von den Nationaldemokratinnen im Wahlkampf aufgestellte Behauptung, wonach Frauen in der NPD besser zur Geltung kämen, widerlegen die Statistiken eindeutig. Als männlich-hegemoniale Partei ließ sich die NPD hauptsächlich durch Männer nach außen vertreten.

¹¹⁵ Hoffmann, NPD, S. 118. Auffällig ist hingegen, dass die Zahl der Kandidatinnen zwischen 1965 und 1969 von fünf auf dreizehn stieg und sich somit leicht erhöhte. Da die Gesamtzahl der KandidatInnen im gleichen Zeitraum aber stark anstieg, sank ihr Anteil verhältnismäßig von 5,4% (1965) auf 5% (1969). Bemerken lässt sich außerdem die Verjüngung der Kandidatinnen zwischen den beiden Wahlen. Das Durchschnittsalter sank bei den Frauen von 62 Jahren (1965) auf 51 Jahre (1969): Die älteste Kandidatin (Baronin von Watter) war 74 Jahre alt, die jüngste (Eva Happach) 35, was eine größere generationelle Vielfalt darstellte. Auch ihr sozioprofessionelles Profil war 1969 vielfältiger. Im Vergleich zu 1965, wo 80% der NPD-Frauen Hausfrauen waren, waren es vier Jahre später nur noch 46%. Mehr als die Hälfte waren erwerbstätig, sie betätigten sich als Lehrerinnen, Ärztinnen, Sekretärinnen, Sozialhelferinnen oder Handelskauffrauen und stammten so vornehmlich aus der Mittelschicht. Hinzu kommt, dass nur zwei Kandidatinnen (Gertraude Winkelvoß und Anneliese Bläsing) als ehemalige NSDAP-Mitglieder politisch vorbelastet waren; obwohl die Makellosigkeit ein wichtiges Auswahlkriterium gewesen war, wurden sie ebenfalls auf die Listen mit aufgenommen, weil sie über eine parlamentarische Expertise verfügten und auch vom Vorstand Rückendeckung erhielten. Diese Statistiken wurden anhand der KandidatInnenlisten errechnet, auf denen neben dem Listenplatz und dem Namen auch jeweils das Geburtsdatum und der Beruf der KandidatInnen vermerkt sind. Vgl. KandidatInnenlisten, in: IfZ München, ED 704 NPD, Band 4.

Auch wenn die Feminisierungsstrategie der Nationaldemokratinnen letztendlich nicht in dem Maße aufging, wie einige Akteurinnen es gewünscht hätten, so lässt sich für die Jahre 1968/69 mit aller Deutlichkeit ein weiblicher Trend ausmachen: In den Monaten vor der Wahl entwickelten die Nationaldemokratinnen eine überaus rege Parteiarbeit. Auf den ersten Blick unterschied sich der individuelle Aktivismus der Frauen zwar nicht wesentlich von dem der Männer. Alle verfügbaren NationaldemokratInnen wurden gleichermaßen in die Wahlkampagne involviert. Durch das Anbringen von Plakaten und das Austeiln von Flugblättern in Fußgängerzonen, durch Hausbesuche, Infostände, Briefkastenaktionen und Autokorsos sowie durch das Abhalten von Wahlversammlungen und Diskussionsabenden beteiligten sie sich an der Verbreitung von einschlägigem Propagandamaterial und der Verkündigung der nationaldemokratischen Botschaft. In einem Aufsatz charakterisierte Lutz Niethammer das Engagement der NPD-Mitglieder im Endspurt zu Recht als „fanatisch“, steckten sie doch fast selbstlos – jedenfalls ohne Aussicht auf Prestigesteigerung, soziale Kompensation, politische Vorteile oder sonstige lukrative Posten – über die Maßen viel Zeit, Geld und Energie in den Wahlkampf.¹¹⁶ In dieser Hochphase entwickelte sich ein breites Netz an informellen UnterstützerInnen, SympathisantInnen und Familien, die aus Eigeninitiative dem Appell des Parteiorgans gefolgt waren und für die Zeit des Wahlkampfs aus helfen wollten: Sie übernahmen anfallende logistische Aufgaben, boten den WahlkämpferInnen Hilfe, Unterkunft, Verpflegung und Freizeitaktivitäten an, bestärkten sich gegenseitig in ihrer Jetzt-erst-recht-Haltung und leisteten so der gefühlt von allen Seiten bedrängten nationalistischen „Schicksalsgemeinschaft“ Beistand.¹¹⁷

In diesem Kontext des allgemeinen militanten Taumels blieb auch die Bundesfrauenreferentin Gertraude Winkelvoß nicht untätig. Um die weiblichen Potentiale voll auszuschöpfen, weibliche Synergieeffekte zu erzeugen und den Parteifrauen als Kollektiv allgemein mehr Schlagkraft und Sichtbarkeit zu geben, musste sie den Aktivismus der Frauen ordnen und strukturieren, ihm durch eine formelle Vernetzungsarchitektur eine nachhaltige Basis verleihen. Dabei schloss sie aus geschlechterdemokratischer Perspektive die Option einer eigenständigen Frauenorganisation entschieden aus: Frauen sollten sich von den Männern nicht abkapseln, sondern sich gemeinsam mit ihnen – und gleichberechtigt – an der Parteiarbeit

¹¹⁶ Niethammer, „NSDAP ohne SA“, Vorgeschichte, Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V, Abt. XLVIII v. NR. 318/2. Der Wahlkampf finanzierte sich teilweise aus Blutspenden und privaten Krediten der Mitglieder. Parteiredner, die bundesweit unterwegs waren, bezahlten die entstandenen Mobilitätskosten aus eigener Tasche, und auch die Veranstaltungen waren für alle Teilnehmer kostenpflichtig.

¹¹⁷ Die „Deutschen Nachrichten“ veröffentlichten unzählige Kleinanzeigen von Mitgliedern, die im Rahmen des Wahlkampfs „Gleichgesinnten“ unentgeltlich Hilfe und Unterstützung anboten. Vgl. DN, 18. 7. 1969, Nr. 29/1969, S. 14 und 15, oder Wer helfen will!, in: DN, 25. 7. 1969, Nr. 30/1969, S. 15.

beteiligen. Viel eher schwebte ihr der Ausbau eines elitären Frauennetzwerks vor, den sie 1968 folgendermaßen beschrieb:

„Nach ausführlichem Meinungsaustausch wurde noch einmal bestätigt, daß eine eigene Frauenorganisation innerhalb der NPD nicht gebildet werden wird. Es müssen aber Verbindungen ausgebaut werden, die die Zusammenarbeit verbessern und erleichtern. Die Mitarbeit in den bestehenden Arbeitskreisen der Partei soll verstärkt und dadurch systematisch die Zahl der Fachkräfte und Sachverständigen vergrößert werden.“¹¹⁸

Mit diesem Ziel vor Augen rief Winkelvoß am 20. Oktober 1968 im Anschluss an eine zweitägige, von Gudrun Dörfel organisierte Frauentagung in Nürnberg den NPD-Bundesbeirat der Frauen ins Leben.¹¹⁹ Als Zusammenschluss auserlesener Nationaldemokratinnen sollte er, so seine Initiatorin, die politische Aktivität der „Expertinnen“ *top down* koordinieren und systematisieren, die weibliche Öffentlichkeitsarbeit rationalisieren und innerhalb der Partei sichtbar machen. Neben Winkelvoß, die sich direkt zur Vorsitzenden des Beirats hatte küren lassen, gehörten dem Beirat kraft ihres Amtes sämtliche Frauenreferentinnen auf Bundes- und Landesebene, alle NPD-Abgeordneten und einige Funktionärinnen an, die sich in der Partei einen Ruf erarbeitet hatten. Auch bei der Konstituierung des Gründungsgremiums, das sich aus Winkelvoß (Niedersachsen), Martha Kruse (Bremen), Anneliese Brandes (Niedersachsen), Ilse Timm (Schleswig-Holstein), Gudrun Dörfel (Bayern), Helene von Watter (NRW), Margarete Walendy (Nordrhein-Westfalen) und Eva-Maria von Wolzogen (Hessen) zusammensetzte, wurde vor allem auf die geographische Ausgewogenheit, die politische Kompetenz und Sachkenntnis,¹²⁰ die Ehrenhaftigkeit und Motivation der Akteurinnen geachtet. Wie es der Name schon verdeutlichte, kam diesem Netzwerk hauptsächlich eine konsultative Funktion zu. Der Beirat sah „seine Aufgabe darin, Stellungnahmen zu politischen Fragen zu erarbeiten“, und wollte dadurch „der Arbeit der Gesamtpartei dienlich und förderlich sein“. In seiner vertikalen Ausrichtung sollte er ferner jegliche „Anregungen und Sachbeiträge aus den Verbänden“ auswerten, koordinieren und an die Parteileitung weitergeben.¹²¹ Sinn und Zweck war es demnach, die weibliche Parteibasis zu mobilisieren, gleichzeitig aber auch den Einfluss der weiblichen Parteielite etwa bei der Kandidatenauslese und in den Entscheidungsprozessen zu verstärken. Neben der politischen Effizienzsteigerung ging es den Nationaldemokratinnen also vor allem darum, den Beirat als Profilierungsplattform und Interessenvertretung zu nutzen. In diesem Sinne

¹¹⁸ Der Bundesbeirat der NPD-Frauen tagte, in: DN-Sonderdruck „Die NPD setzt sich durch“, IV/68, S. 13.

¹¹⁹ Bundesbeirat der Frauen der NPD, in: DN, 8. 11. 1968, Nr. 45/1968, S. 12.

¹²⁰ Auffällig ist hierbei die Themenverteilung unter den Frauen, die sich jeweils in einem Bereich als „Expertinnen“ gerieten: Gudrun Dörfel zur deutschen Teilung, Margarete Walendy zu Erziehungsfragen und der DDR, Martha Kruse zur Familienpolitik, Helene von Watter zu Gesundheitsfragen. Gertraude Winkelvoß fungierte dabei als thematisch übergreifende Schirmherrin.

¹²¹ Bundesbeirat der Frauen der NPD, in: DN, 8. 11. 1968, Nr. 45/1968, S. 12.

diente er als Instrument der kollektiven Selbstermächtigung der Nationaldemokratinnen.

Auf Einladung von Gertraude Winkelvoß traf der Bundesbeirat der Frauen ein Monat nach seiner offiziellen Gründung in den Räumlichkeiten des Niedersächsischen Landtags zusammen. Der durchaus feierliche, symbol- und prestigeträchtige Rahmen, der durch die NPD-Bundesfrauenreferentin und Abgeordnete mit Bedacht gewählt worden war, sollte dieser ersten Zusammenkunft eine besondere Aura verleihen und dabei nach außen das Bild einer respektablen, professionellen und seriös-kompetenten Frauenversammlung vermitteln. Diese erste Tagung befasste sich mit der organisatorischen Planung und ideologischen Konzeption ihres Wahlkampfes. Die Teilnehmerinnen beschlossen, durch die Ausrichtung mehrerer überregionaler Veranstaltungen den Austausch, die Informationsvermittlung und die politische Ausbildung von nationalistisch gesinnten Frauen zu fördern. Ferner verständigten sie sich auf erste allgemeine, später noch zu präzisierende Wahlkampfthemen rund um „Verpflichtungen und Erziehungsfragen, Mitbestimmung, Gesamtschule und Fragen der ‚inneren Sicherheit‘“¹²² und beschlossen die Anfertigung eines Flugblatts, durch das weibliche Wähler „zum politischen Einsatz“ aufgerufen werden sollten. Dieses Treffen bezeugte den eindeutigen Mitwirkungs- und Mobilisierungswillen der Parteifunktionärinnen, die darüber hinaus auch ihren Selbstbehauptungsanspruch zum Ausdruck brachten: Durch ihren Wahlkampf sollten die Nationaldemokratinnen ihren eigenen politischen Wert unter Beweis stellen und „deutlich machen, was die Mitarbeiterinnen wollen und können“.¹²³

Die erste überregionale Tagung wurde am 25. und 26. Januar 1969 im norddeutschen Raum abgehalten. Die etwa hundert TeilnehmerInnen, die zu diesem Anlass nach Hamburg gefunden hatten, setzten sich zwei Tage lang mit der NPD-Wahlkampfthematik „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ auseinander. Dabei waren die Referentinnen darauf bedacht, das von der Parteileitung vorgegebene Oberthema ‚weiblich‘ durchzudeklinieren und auf die spezifischen „Bedrohungen“ hinzuweisen, denen Frauen, Familien und Kinder angeblich stark ausgesetzt waren. In der Einleitung präsentierte Ilse Timm die zeitimmanente „Notwendigkeit“ der Stärkung der inneren Sicherheit, welche Martha Kruse im Anschluss auf den Familienbereich anwandte, indem sie die mehrgenerationelle Familie als einziges historisch bewährtes Vergemeinschaftungsmodell präsentierte, das jungen Müttern in vormaligen Zeiten Rückhalt und Unterstützung geboten habe. Daraufhin warnte Meta Schirrmeister vor der physischen, psychischen und moralischen Gefährdung, der Kinder in der „Moderne“ ausgesetzt seien. Daran anknüpfend geißelte ein Mitglied des KV Steinburg (Schleswig-Holstein) zum Schluss noch die Konsumgesellschaft und rief die anwesenden Frauen dazu auf, beim Kauf von Produkten, vor allem bei ausländischer Importware, äußerste Wachsamkeit walten zu lassen. Am Folgetag referierte Margarete Walendy über das Bildungs- und Erzie-

¹²² DN-Sonderdruck „Die NPD setzt sich durch“, IV/68, S. 13.

¹²³ Ebenda.

hungswesen der DDR, das sie mit dem der Bundesrepublik gleichsetzte. Die Aktivistin Jungmann erläuterte anschließend die „alarmierende“ Kriminalstatistik in Westdeutschland, was wiederum Gertraude Winkelvoß in ihrem Abschlussreferat zum Anlass nahm, um die nationaldemokratische Politik der „Wiederherstellung der inneren Sicherheit“ zu preisen.¹²⁴

Die zweite überregionale Tagung, die am 2. März 1969 in Essen stattfand, wurde nach dem gleichen Schema konzipiert. Nur widmete sie sich diesmal der „Deutschen Frage“ und präsentierte den politischen Weg, den die NPD einzuschlagen gedachte, um die Wiedervereinigung und „ein vereintes Europa“ zu erreichen, wie es die nordrhein-westfälische Frauenreferentin Hedwig Kestermann in ihrem Grußwort ankündigte. Wie in der ersten Tagung legte Margarete Walendy auch bei diesem Anlass den Schwerpunkt auf „Mitteldeutschland“ und sein Bildungssystem. Hedwig Kestermann ergänzte den Vortrag der Vorrednerin durch die Betonung des besonderen „Opfers“, das die ostdeutsche Jugend ihr zufolge für ihr Vaterland aufbrachte, während die aufbäumende westdeutsche Jugend sich in Krawall und Unordnung gefalle. Darin erblickte sie die „kulturelle“ Mission der NPD, ebenjene Jugend zu bändigen und in die richtige Bahn zu lenken. In ihrer eher geschichtspolitisch fokussierten Abschlussrede geißelte die Baronin von Watter die „Umerziehung“ der Deutschen, denen die Alliierten einen „Schuldkomplex“ anerzogen hätten. Diesen würde der Staat durch eine künstliche Erinnerungspolitik gezielt pflegen und reproduzieren. Kontrapunktisch dazu plädierte sie für eine Rehabilitierung der Kriegsopfer und ihrer Familien, die man in Westdeutschland zu sehr vernachlässige.¹²⁵ Die Referentinnen Winkelvoß, Walendy, Kestermann und von Watter stellten ihren nationaldemokratischen Standpunkt auch in der darauffolgenden Tagung, die am 16. März 1969 in Köln anberaumt worden war, mit ähnlichen Inhalten vor.¹²⁶

Auch wenn sie der Parteilinie gehorchten, behandelten die selbsternannten „Expertinnen“ die Wahlkampfthematik auf ihre Art und Weise. Dadurch, dass sie die Parteithemen auf weibliche Problemlagen bezogen, sich also mit den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Wirtschaft (Konsum), Innenpolitik (Sicherheit, Kriminalität) und der „Deutschen Frage“ (deutsche Teilung, Systemkonkurrenz) auf das Leben von Frauen, Familien und Kindern auseinandersetzten, verschoben sie den politischen Schwerpunkt und diversifizierten das politische Angebot der Partei. Zwei maßgebliche Hürden bremsten sie jedoch in ihrem Elan: der fehlende Rückhalt bzw. das Desinteresse der Parteimänner und die mangelnden Mobilisierungskanäle, die sie daran hinderten, potentielle Sympathisanten

¹²⁴ Programm und Bericht wurden abgedruckt in: DN, 17. 1. 1969, Nr. 3/1969, S. 16, und Frauendarbeitstagung in Hamburg – auch die Familie braucht Sicherheit durch Recht und Ordnung, in: DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 14.

¹²⁵ Vgl. Programm und Berichte, in: DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 16, und Frauentagung in Essen, in: DN, 21. 3. 1969, Nr. 12/1969, S. 14.

¹²⁶ Vgl. Programm und Bericht, in: NPD-Frauentagung, in: DN, 14. 3. 1969, Nr. 11/1969, S. 16, und DN, 2. 5. 1969, Nr. 18/1969, S. 13.

tinnen auch über den eher beschränkten aktivistischen Kern hinaus zu erreichen. Horst-Günther Schweimer, ehemaliger SS-Angehöriger und Vorsitzender des Hamburger Landesverbands, hatte die Parteifrauen bei der ersten Tagung durch seine Anwesenheit unterstützt; damit bildete er aber eine Ausnahme, denn meist mussten die Nationaldemokratinnen ihre „Parteifreunde“ inständig bitten, wenn sie schon nicht zu den Veranstaltungen kamen, dann doch wenigstens für die Aktivitäten des Bundesbeirats der Frauen zu werben. So wandte sich Hedwig Kestermann im Februar 1969 in einem Brief an alle männlichen KV-Vorsitzenden aus Nordrhein-Westfalen:

„Sehr geehrte Herren, aus den Programmen ersehen Sie, daß am 2. und 16. März 69 Frauentagungen stattfinden werden. Mit einer herzlichen Bitte wende ich mich an Sie, aus eigener Initiative für diese Tagungen zu werben, indem über die Mitglieder hinaus Einladungen ergehen – auch an Mitglieder von Kulturwerk und von Vertriebenenverbänden usw. Die Tagungen finden in verschiedenen Städten und nur an einem Tage statt, weil ich hoffe, auf diese Weise möglichst viele interessierte Damen (und Herren) ansprechen zu können. Bitte, helfen Sie mit, daß die Tagungen Erfolge werden und auch auf diese Weise das Gedankengut der NPD eine weitere Verbreitung findet.“¹²⁷

Es kann angenommen werden, dass diese Appelle zur Mobilisierung nur bedingt bei den anvisierten Wählergruppen, den konservativen und nationalistischen Frauen, Müttern und Vertriebenen ankamen; sie verhallten resonanzlos. Dies lag größtenteils daran, dass das Nichtvorhandensein eigener medialer Kommunikations- und Ausbreitungskanäle ihre Reichweite und Wirkung stark beschränkte; auch das offizielle NPD-Organ berichtete nur sporadisch und knapp über das „Frauenangebot“, sodass letztendlich nur diejenigen angesprochen wurden, die von vornherein schon NPD-Sympathisantinnen gewesen waren, und das Ziel, die nationaldemokratischen Inhalte an alle Deutschen heranzutragen, verfehlt wurde. Die Aktivitäten des Beirats wurden spätestens Ende 1970 eingestellt, jedenfalls verlieren sich dessen Spuren in den Quellen nach diesem Zeitpunkt. Trotz des offensichtlichen Scheiterns dieser Offensive kann die Konstituierung des Beirats zweifellos als Ausdruck eines weiblichen Bewusstwerdungsprozesses und Autonomisierungsschubs gelesen werden: Die Akteurinnen – allen voran Gertraude Winkelvoß mit ihrem besonderen Sendungsbewusstsein – hatten sich professionalisiert, sie strebten nun nach mehr Autonomie, Ansehen, politischer Teilhabe und Gestaltungsmacht innerhalb der Partei. Der vom Beirat implizit artikulierte Anspruch, Frauen aus ihrer minderwertigen Stellung herauszuheben, sowie die von ihm an den Tag gelegte kollektive Bewältigungsstrategie waren für die Partei ein absolutes Novum. Es war der erste Schritt auf dem Weg zu einer integrierteren Form der weiblichen Mobilisierung, wie sie erst sehr viel später, im Jahre 2006 mit der Gründung des Rings nationaler Frauen, der ersten NPD-Frauenorganisation, entstehen sollte. Der Wahlkampf von 1968/69, der sich durch die außerordentliche Verdichtung der Frauenarbeit auszeichnet, in dem die Parteifrauen darüber hinaus

¹²⁷ Brief von Hedwig Kestermann an alle KV-Vorsitzenden aus NRW, 4. 2. 1969, in: IfZ München, ED 704/10 NPD.

auch ein neues politisches Selbstverständnis äußerten und neue Praktiken erprobten, entspricht einer weiblichen Zäsur bzw. einem weiblichen Ballungsmoment innerhalb der NPD-Geschichte. Diese Phase gehört zweifelsohne zu den aktivsten der NPD-Frauengeschichte.

2.4. Das Wahldebakel

Am Wahlabend, dem 28. September 1969, war den NationaldemokratInnen spätestens um 22 Uhr klar, dass ihre Partei nicht in den Bundestag einziehen würde. Mit 4,3% aller Zweitstimmen hatte die NPD den Sprung über die 5-Prozent-Hürde nur knapp verpasst – ein Trauma für alle Mitglieder und Parteikader, die in den vorangegangenen Monaten umtriebig auf den Wahlsieg hingearbeitet hatten. Der Erfolg in Bayern (5,3%), Rheinland-Pfalz (5,2%), Hessen (5,1%) und im Saarland (5,7%) vermochte es nicht, die schlechten Ergebnisse in Baden-Württemberg (4,6%), in dessen Landtag die NPD doch ca. eineinhalb Jahre zuvor so souverän eingezogen war, oder in Nordrhein-Westfalen (3,1%), dem bevölkerungsreichsten Bundesland, zu kompensieren.¹²⁸ Somit bekam die NPD die Folgen ihres aggressiven Wahlkampfes und der nicht enden wollenden Ausschreitungen zu spüren, die das Saubermann-Image der Partei stark beschädigt hatten und sie in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer Krawallpartei machten. Die WählerInnen sprachen ihr Vertrauen den etablierten Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) aus, die in Westdeutschland seit über zwei Jahrzehnten für Stabilität und Kontinuität standen.¹²⁹ Zählt man die Stimmen von NPD und Union zusammen, dann hatte das konservative bzw. nationalkonservative Lager 50,4% der Stimmen erreicht, SPD und FDP konnten hingegen nur 48,5% der Stimmen auf sich vereinen. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass die NPD gerade wegen ihrer Niederlage, sozusagen als Königsmacherin, die Bildung der sozialliberalen Koalition ermöglicht hatte. Wie Uwe Hoffmann bemerkte, hätte

„bei einem Einzug der NPD in den Bundestag [...] die Union wieder der Regierung angehört. Günstiger wäre andererseits auch ein noch schlechteres NPD-Ergebnis gewesen, was der CDU/CSU vermutlich die entscheidenden Zehntelpunkte gesichert hätte, mit denen sie aus eigener Kraft eine sozialliberale Koalition hätte verhindern können.“¹³⁰

Paradoxerweise hatte die nationalistische Partei durch ihr Scheitern das parlamentarische Drei-Parteien-System noch gestärkt, den politischen Wechsel befördert und indirekt auch die Ostpolitik Willy Brandts möglich gemacht; darüber hinaus hatte sie die historische Chance verpasst, sich langfristig in der politischen Landschaft zu etablieren.

¹²⁸ Der Bundeswahlleiter, „Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969“, https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1969.html (12. 5. 2016).

¹²⁹ Die CDU/CSU, die SPD und FDP erhielten jeweils 46,1%, 42,7% und 5,8% der Zweitstimmen.

¹³⁰ Hoffmann, NPD, S. 130.

Das zweite Paradox, das von der Forschung bisher völlig unbeachtet blieb, betrifft die Wähler bzw. die Wählerinnen: Letztendlich waren sie es nämlich, die den Einzug der NPD in den Bundestag vereiteln. 2,8% der Wählerinnen und 6,3% der Wähler gaben der extrem rechten Partei ihre Stimme. Dieser *Gender Gap* verdeutlicht, dass die NPD-Niederlage vornehmlich eine herbe Niederlage für die Nationaldemokratinnen war, die trotz ihres Aktivismus nicht imstande gewesen waren, die Wählerinnen von sich und ihrer Partei zu überzeugen. In einer gewissen Hinsicht war das Wahldebakel der Preis, den die NPD für die Geringschätzung bezahlte, die sie Frauen, Aktivistinnen und Wählerinnen entgegenbrachte. Für die Politikwissenschaftlerin Beate Hoecker waren die kirchliche Bindung, die Ablehnung von Gewalt und das von der Partei vermittelte patriarchale Bild der Frau bestimmende Faktoren für die weibliche Wahlentscheidung gegen die NPD.¹³¹ Der letzte Punkt scheint weniger überzeugend, weil sich das traditionelle und emanzipative Frauen- und Familienbild der NPD nicht wesentlich von dem der CDU/CSU unterschied, Letztere aber auf die massive Unterstützung von Frauen zählen konnte. Die Wahl von 1969 bestätigte lediglich die seit 1949 bestehenden Tendenzen: Die Frauen wählten mehrheitlich die Union (50,6% gegen 40,6% der Männer), die SPD erhielt mehr Männer- (45,6%) als Frauenstimmen (40,4%). Eine leichte Verschiebung ließ sich hingegen bei den jüngeren weiblichen Jahrgängen ausmachen: 44,8% der unter 30-jährigen Wählerinnen (gegen 36,5% der über 60-jährigen) stimmten für die SPD.¹³² Diese Trendwende führte in den 1970er-Jahren zur Angleichung des *Gender Gaps*; er steht stellvertretend für die politische Zeitenwende und somit für den Wandel der weiblichen Lebenslagen, der Mentalitäten und Werte, der Ende der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik ansetzte. Die Wählerinnen und Wähler, die sich trotz allem für die NPD entschieden, taten es meist aus Überzeugung. In einer Studie hat die Politikwissenschaftlerin Sabrina Meyer deren Motivationen herausgearbeitet. Demnach setzte sich die Wählerschaft vornehmlich aus Handwerkern, Landwirten und kleinen Unternehmern zusammen, welche aus wirtschaftlicher und politischer Verdrossenheit oder aus ideologischer Affinität (Nationalismus, Autoritarismus usw.) für die NPD stimmten. Auffällig war dabei, dass gerade die im Nationalsozialismus sozialisierten Jahrgänge der 45- bis 59-Jährigen mit 8,7% der Männer und 3,7% der Frauen bei den NPD-Wählern überrepräsentiert waren.¹³³

Die Wahlschlappe der Partei wurde in der Öffentlichkeit, den etablierten Parteien und der Presse mit großer Erleichterung aufgenommen; die NPD-AnhängerInnen hingegen versetzte sie in Schockstarre. Objektiv betrachtet, war das Ergebnis nicht schlecht gewesen: Die Partei hatte 1969 das Ergebnis von 1965 verdoppelt und das beste Ergebnis der extremen Rechten nach 1945 eingefahren. Doch emotional betrachtet, war der Wahlausgang verheerend: Bei den AnhängerInnen be-

¹³¹ Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 75.

¹³² Ebenda, S. 61 ff.

¹³³ Zu Wählerprofil und Motivationen vgl. Mayer, Wähler der NPD, S. 176 f.

wirkte er eine immense Enttäuschung und Ernüchterung, die auch die vergebliche Anfechtungsklage der NPD-Leitung, in der die anderen Parteien und die Bundesregierung der Wahlfälschung bezichtigt wurden,¹³⁴ nicht wettmachen konnte. Von den Zeitgenossen wurde 1969 unverkennbar als Zäsur empfunden.

Mit der Konstituierung der sozialliberalen Koalition verlor die NPD zudem ihre Position als einzige rechte Oppositionspartei; die aus der Regierungsverantwortung ausgeschlossene CDU/CSU verdrängte sie alsbald und machte sie durch ihren vehementen Kampf gegen den sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und seine innen- und außenpolitischen Reformpläne gar überflüssig. Die Neukonfiguration des politischen Spektrums beschleunigte den Zerfall der NPD in den Folgejahren und -jahrzehnten. 1969 markierte somit den Beginn ihres Abdriftens in die politische Bedeutungslosigkeit.

3. Resümee

Die von den Zeitgenossen stark diskutierte, von der Öffentlichkeit befürchtete und von den ParteianhängerInnen ersehnte Rückkehr der extremen Rechten in die Politik war letztendlich nur von kurzer Dauer. Vornehmlich verdankte die NPD ihren Höhenflug der politisch und wirtschaftlich angeschlagenen Lage und ihrer hegemonialen Stellung in der „nationalen Opposition“, die kurz nach der Wahlniederlage von 1969 zu erodieren begann. Die Jahre 1966 bis 1968, die sich durch den Einzug in sieben Landtage kennzeichnen, gelten als Blütezeit der Nationaldemokratie. Sie waren es auch für die weiblichen Anhängerinnen und Funktionärinnen, welche die Erfolge ihrer Partei regelrecht elektrisierten. Demokratie und Parlamentarismus mochten ihren reaktionären Idealen zwar entgegenstehen, doch betrachteten sie jene paradoxerweise auch als Mittel für ihre politische Emanzipation. Davon zeugen ihre zahlreichen Appelle und Forderungen, Frauen gleichberechtigt in das politische Geschehen einzubinden. Die antisexistischen Ansprüche, die sie in ihrer Propaganda artikulierten, rückten die Nationaldemokratinnen scheinbar in die Nähe eines emanzipativen Progressivismus und stellten sie in die Kontinuität des traditionellen Suffragettentums. Ihr Verhältnis zur Republik blieb dabei aber zwiespältig: Sie propagierten zwar keine offene Systemfeindschaft, aus ihrer ablehnenden Haltung zu Bonn als Sitz der Bundesregierung und Machtzentrum der Bundesrepublik machten viele aber keinen Hehl.

Auch in der parlamentarischen Praxis der drei NPD-Abgeordneten in Wiesbaden, Hannover und Bremen kam diese Ambivalenz zum Tragen. Obwohl Bläsing, Winkelvoß und Kruse strukturell, was ihre Stellung und Rolle anbelangt, als repräsentativ angesehen werden konnten, wurden sie nie wie normale weibliche Abgeordnete behandelt, sondern einer antifaschistischen Misogynie unterzogen und wie ihre männlichen Parteifreunde aus dem demokratischen Konsens aus-

¹³⁴ An alle NPD-Verbände, in: DN, 3. 10. 1969, Nr. 40/1969, S. 1.

geschlossen. In den Parlamenten war die nationaldemokratische Fassade demokratisch, das Benehmen und Auftreten auf die Prinzipien und Zwänge des Grundgesetzes abgestimmt und der „Faschismus“ den bundesrepublikanischen Verhältnissen angepasst, doch waren die Last der Vergangenheit bzw. die nationalsozialistische Vorbelastung in Rhetorik, Denkschemata, Weltanschauung und Idealen der NPD-Frauen noch so präsent, dass sie im parlamentarischen Raum entlarvt und abgeblockt werden konnten.

Das Jahr 1969 kann als zäsursetzendes Schwellenjahr betrachtet werden. Im Hinblick auf das Wahljahr hegten die Zeitgenossen große Hoffnungen: vor allem auf ein nationalistisches Wiedererwachen, auch für die NationaldemokratInnen, die im Vorfeld der Bundestagswahl ihren eigenen Wahlkampf lancierten. Im Bewusstsein des beachtlichen politischen Potentials, das mit der Wahlentscheidung der Frauen einherging, passten die NationaldemokratInnen ihre Themen den Bedürfnissen und Interessen der „deutschen Frau“ an, mit dem Ziel, gerade die konservativen und nationalkonservativen Frauen für sich zu gewinnen, die sonst eher den Christdemokraten ihre Stimme gaben. Diese Frauenkampagne, die in der Geschichte der extremen Rechten bis dahin wahrscheinlich einmalig war, führte zu einer partiellen Autonomisierung der Parteifrauen, die sich um den 1968 als elitäres Expertinnen-Netzwerk gegründeten NPD-Bundesbeirat der Frauen versammelten. Dieser Zusammenschluss, der insbesondere der Selbstprofilierung und Interessenvertretung der weiblichen Parteielite diente, sollte deren politische Arbeit koordinieren und die Mobilisierung der Frauen effizienter und sichtbarer machen. Wegen unzureichender Verbreitungskanäle blieb seine Wirkung jedoch begrenzt: Die Wählerinnen, die weiterhin maßgeblich die konservative CDU/CSU unterstützten, hatten die NationaldemokratInnen nicht erreichen können. Zu isoliert waren sie, um die geschlechtsspezifischen Mauern zu durchbrechen und sich öffentliche Aufmerksamkeit und Gehör zu verschaffen. Im Herbst 1969 erschöpfte das Trauma der Niederlage auch die weiblichen Ressourcen, die Dynamik erlahmte. Vom Abwärtsstrudel der NPD mitgerissen, zogen sich die meisten Parteifrauen im Gefolge der Bundestagswahl aus der Parteipolitik zurück.